

**Stephan Raabe
Piotr Womela (Hrsg.)**

Der Hitler–Stalin–Pakt und der Beginn des Zweiten Weltkrieges

mit Beiträgen u.a. von:

**Jan Rydel
Richard von Weizsäcker
Horst Möller
Stefan Troebst**

**Eine Veröffentlichung
der Konrad–Adenauer–Stiftung in Polen**



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Warszawa, 2009

Inhalt

Herausgeber/Redaktion:

Stephan Raabe, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
Piotr Womela, Projektkoordinator der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Mitarbeit:

Rafał Andrzej Smentek

Übersetzungen:

Marcin Wiatr,
Elżbieta Kaźmierczak (Der Kampf um die Erinnerung)

Grafik: Zygmunt Januszewki, Warschau

Grafische Gestaltung und Satz:

Julita Grosser, www.mediakoncept.pl

Gesamtherstellung:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. – Vertretung in Polen
ul. Dąbrowskiego 56, 02/561 Warszawa
Tel.: +48 22 845 93 30; Fax: +48 22 848 54 37
E-Mail: kas@kas.pl

© 2009 , Konrad-Adenauer-Stiftung, Vertretung in Warschau. Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck – auch auszugsweise – allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Printed in Poland. ISBN 978-83-86771-36-3

Vorwort

Stephan Raabe

Die Erinnerung macht uns frei

Seite 5

Einführung

Prof. Dr. Jan Rydel

Der 1. September als ein Fokus der Erinnerung

Seite 7

Vorträge

Dr. Richard von Weizsäcker

„Aufrichtige Erinnerung ist der Schlüssel zur Zukunft“

Seite 13

Prof. Dr. Horst Möller

**Internationale Instabilität und die Entfesselung
des Zweiten Weltkrieges durch Hitler mit der Hilfe Stalins**

Seite 15

Prof. Dr. Stefan Troebst

Der Hitler-Stalin Pakt

– ein Moment europäischer Erinnerung?

Seite 31

Dokumentation

Das Jahr 1989 feiern, heißt auch, sich an 1939 zu erinnern!

Eine Erklärung zum 70. Jahrestag
des Hitler-Stalin-Pakts am 23. August 2009

Seite 40

Zukunftsorientierte Zusammenarbeit im Wissen um die Vergangenheit

Stellungnahme junger Experten aus Deutschland und Polen
zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges

Seite 44

Stephan Raabe

Der Kampf um die Erinnerung

Aspekte der aktuellen Diskussion mit und in Russland

Seite 51

Autoren und Herausgeber

Seite 59

Die Erinnerung macht uns frei

Stephan Raabe

Die hier vorgelegten Texte von zwei renommierten deutschen Historikern zur Entstehungsgeschichte des Zweiten Weltkrieges und zum „Hitler-Stalin-Pakt“ als Moment europäischer Erinnerung basieren wie auch das einleitende Wort von Altbundespräsident Richard von Weizsäcker auf Beiträgen, die auf der internationalen Konferenz „*Die Entstehung des Zweiten Weltkrieges. Historiographie, neue Forschung – neue Perspektiven*“ in Warschau vorgelesen wurden. Die Konferenz fand am 26. und 27. Mai 2009 im Warschauer Königsschloss statt und wurde von dem Historischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften mit Unterstützung des polnischen Außenministeriums veranstaltet.

Auf diesem geschichtlichen Forum trugen Wissenschaftler aus 13 Nationen ihre Forschungen und Sichtweisen vor: aus Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Litauen, Polen, Russland, der Schweiz, Tschechien, der Ukraine, Ungarn und den USA. Die Bedeutung der Konferenz im Vorlauf zum Gedenken an den 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges wurde durch ein Grußwort des Präsidenten der Republik Polen, Lech Kaczyński, hervorgehoben.

Gerade angesichts von mancherlei Befürchtungen in Polen, die Geschichte werde in den großen Nachbarstaaten Deutschland und Russland heute zu Lasten der Wahrheit neu interpretiert, aber auch von politischen Tendenzen, sich die Geschichte selektiv zu Nutzen zu machen und die in der Geschichte geschlagenen Verletzungen propagandistisch auszubuten, trugen die Konferenzbeiträge zur Transparenz in der historischen Erinnerung bei. Das Wissen über die Aufteilung Polens 1939 und die brutale Besetzung durch Nazi-Deutschland und die Sowjetunion ist nicht überall verbreitet. Eine solcherart historisch-wissenschaftlich reflektierte Erinnerung kettet uns nicht an die

Vergangenheit, sondern macht uns frei für die Zukunft, für eine „Kultur des Friedens“, die sich nur in einem Klima von Gerechtigkeit, Wahrheit und Veröhnung entwickeln kann.¹

Die Beiträge der Konferenz sollen in einem englischsprachigen Band publiziert werden. Wir danken den Autoren und der Polnischen Akademie der Wissenschaften für die Erlaubnis, drei der deutschen Vorträge vorab dem interessierten Leser in einer deutsch-polnischen Handreichung der Konrad-Adenauer-Stiftung zugänglich zu machen. Herrn Prof. Dr. Jan Rydel, Krakau, danken wir für seine Einleitung aus polnischer Perspektive.

Die Texte werden ergänzt durch die Dokumentation einer Erklärung deutscher Intellektueller zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes am 23. August und einer Stellungnahme von jungen Experten aus Deutschland und Polen zum 70. Jahrestag des Kriegsbeginns. Mit einem Bericht zur aktuellen Diskussion mit und in Russland über den Hitler-Stalin-Pakt schließt der Band, dem wir viele interessierte Leser wünschen.

¹ Vgl. Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Zollitsch, und des Vorsitzenden der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Michalik, aus Anlass des 70. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges vom 25. August 2009.

Einführung

Der 1. September als ein Fokus der Erinnerung

Jan Rydel

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 ist aus polnischer Sicht die tiefste Zäsur des 20. Jahrhunderts. Zugleich ist dieses Datum eine Art Linse, durch die viele Erinnerungen an einem Punkt fokussiert werden oder – wie man es modisch unter Historikern nennt – ein „*lieu de memoire*“, ein Erinnerungsort, das heißt ein Begriff, der – wenn er aus dem Gedächtnis abgerufen wird – eine Reihe von weiteren Assoziationen mit vielen anderen, sehr wichtigen Ereignissen des letzten Jahrhunderts auslöst.

Heutzutage geht man davon aus, dass unser historisches Gedächtnis hauptsächlich mit Hilfe solcher Erinnerungsorte funktioniert. Im Begriff „*1. September*“ fokussiert sich das Wissen über den Hitler-Stalin-Pakt und seine strategischen Folgen, über die ausbleibende Hilfe seitens der Verbündeten, über die Westerplatte, über die Schlacht an der Bzura, über die Verteidigung von Warschau, über die Bitterkeit der militärischen Niederlage und über den Anfang der Widerstandsbewegung.

Der 1. September unterbrach vollständig einen bestimmten Weg der Entwicklung Polens, einen durchaus holprigen, gewundenen Weg, den jedoch die überwiegende Mehrheit der polnischen Gesellschaft für den eigenen Weg hielt. Nahezu in allen polnischen Tagebüchern und Erinnerungen aus jenen Tagen, in unzählbaren mündlichen Überlieferungen, die jeder Pole, der sich zumindest ein bisschen für die eigene Vergangenheit interessiert, gehört hat, spricht man von der Verzweiflung über die verlorene Unabhängigkeit und über die Zerstörung der eigenen Lebenspläne und, fast immer, über die Verbitterung, weil niemand auf solch einen Schlag vorbereitet war. Es herrschte Weltuntergangsstimmung, die nicht trügerisch war, denn es bedurfte ja eines

halben Jahrhunderts, bis die große Mehrheit der Polen 1989/90 erneut sagen konnte, dass der Weg der Entwicklung Polens ihr eigener Weg ist.

In der Bundesrepublik Deutschland sieht das anders aus. Dort bedeutet das Datum „1. September“ im Jahreskalender nichts derart besonderes und – wie man bei uns oft etwas übertrieben argumentiert – wird kaum jemand, den man auf der Straße fragt, wissen, was am „1. September“ passierte. Wenn ich diese Worte aufschreibe, sehe ich mit den Augen meines Gedächtnisses die Gesichter von hundert mir persönlich bekannten deutschen Historikern, Politikern, Lehrern, Geistlichen, Journalisten: kurz gefasst – von Intellektuellen, aber auch von Menschen, die diese Kategorie nicht anstreben, die aber genau Bescheid wissen, was dieses Datum bedeutet und was damals Polen angetan wurde. Sie sparen nicht an Kräften, um darüber zu sprechen und das zu bezeugen. Jeder, der Deutschland zumindest ein bisschen kennt, könnte auch selbst hundert Deutsche nennen, die „Bescheid wissen“. Im Hinblick auf alle diese Menschen fällt es mir nicht leicht, die Verallgemeinerung der Unwissenheit zu verwenden, obwohl sie als eine Diagnose des durchschnittlichen historischen Bewusstseins der Deutschen höchstwahrscheinlich zutrifft. Leider.

Es gibt zwei unterschiedliche Quellen die eine Erklärung für diesen Sachverhalt darstellen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Protest gegen das Versailler System zum wichtigen Bestandteil der deutschen Identität. Und auf Polen, das aus der deutschen Sicht zum größten Nutznießer jenes Systems und dadurch zum Symbol der Beraubung und Demütigung Deutschlands wurde, kumulierten sich negative Emotionen, die mit Versailles zusammenhingen. Hinzu kamen die Vorurteile gegenüber Polen, die bereits in den Zeiten Bismarcks stark ausgeprägt waren und die in der Zwischenkriegszeit durch die „Rassenlehre“ Hitlers immer krasser gefärbt wurden. In dieser Situation nahm die deutsche Gesellschaft den Ausbruch des Krieges „als solchen“ am 1. September 1939 ohne Enthusiasmus wahr. Jedoch die Absicht, die „Polen zu versohlen“, betrachteten viele Deutsche als begründet und sogar notwendig. Nach 1945 konnte vom „Versohlen“ und vom „Untermenschentum“ in Deutschland keine Rede mehr sein. Das Stereotyp von Polen als notorischen Dieben und von ihrem Staat als Räubernest blieb jedoch zunächst bestehen. Diesmal wurde dies durch die Verschiebung der Grenze an die Flüsse Oder und Neiße sowie durch die erzwungene Migration der deutschen Bevölkerung verursacht, die man in Deutschland zwecks größerer Emotionalisierung als „Vertreibung aus der Heimat“ bezeichnete. In dieser Situation musste im Bewusstsein von vielen Menschen eine Dissonanz entstehen und zwar zwischen dem Wissen

(bzw. der Intuition) über die zu verurteilenden und zu bestrafenden Verbrechen, die während des Krieges von Deutschen an Polen verübt wurden, und einer unausgesprochenen Überzeugung, dass die Polen doch „dieses und jenes“ verdienen. Was sollte man mit dermaßen widersprüchlichen Gedanken tun? Am einfachsten war es festzustellen, dass sie sich gegenseitig aufheben und dass man so wenig wie möglich darüber sprechen sollte.

Als seit Ende der 50er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland die Stimmen der nach dem Krieg aufgewachsenen Generation lauter wurden, fragten diese jungen Leute immer beharrlicher nach der Kriegsvorgangheit ihrer Eltern und Großeltern, die man in der Bundesrepublik der Adenauer-Ära mit einem Schleier des Schweigens umhüllte. Das Motiv des moralischen Protests gegen das nationalsozialistische Erbe, das im Umfeld der jungen Generation präsent war, wurde zu einem der wichtigsten Gründe für die Revolte, die 1968 ihren Höhepunkt erreichte. Die zeitgenössischen deutschen Forscher weisen darauf hin, dass sich die rebellischen, jungen deutschen Antifaschisten – wie sie sich selbst bezeichneten – auf die Ächtung der Täter und auf die Aufdeckung faktischer sowie mutmaßlicher Sympathisanten des Nationalsozialismus (bzw. im linken Vokabular – des Faschismus) konzentrierten, weswegen ihr Interesse für das Schicksal der Opfer in den Hintergrund geriet. Als dann, in den 70er Jahren, die meisten Rebellen ruhiger und reifer wurden, um auf die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges auch mit den Augen der Opfer zu schauen, konzentrierte sich ihr Blick – was auch völlig verständlich ist – auf die die Opfer der Shoah und auf das Schicksal der Opfer des Vernichtungskrieges im Osten – was verständlich wird, wenn wir die linken Überzeugungen als Lebenshaltung dieser Menschen bedenken.

Der 1. September 1939 befand sich also relativ weit entfernt vom Blickwinkel dieses sehr sensibilisierten Teils der deutschen Gesellschaft. Zum einen begann die schrecklichste Phase der Massenvernichtung nach dem Angriff auf die Sowjetunion (Morde, die durch die Einsatzgruppen seit Sommer 1941 verübt wurden) und nach der Wannsee-Konferenz (Januar 1942); deswegen schienen die diesen Daten vorangehenden Kriegereignisse ein schwaches Vorspiel gewesen zu sein. Zum anderen, und das ist wahrscheinlich wichtiger, trübten zahlreiche polnische Motive (wie etwa der 17. September, Deportationen, Katyń, General Anders) die Klarheit der Antinomie: Drittes Reich – Sowjetunion, das Land der Räte; Faschismus – Antifaschismus; Böse – Gut. Darüber hinaus dachte man sich: Die Polen kämpften zwar, wie sie selbst behaupten, vom ersten Tag des Krieges an gegen den Faschismus. Aber was ist

mit dem Nationalradikalen Lager (ONR), den „*Szmalcownik*“¹, dem Pogrom in Kielce, dem Genossen Moczar mit seiner „*antizionistischen*“ Hexenjagd 1968? Was sollte man mit diesen Widersprüchen machen? Am besten sollte man darüber möglichst wenig sprechen!

Wie man sieht, war der „*1. September*“ sowohl für diejenigen Kreise, die die Vergangenheit aus konservativer Sicht betrachteten, als auch für diejenigen, die diese Vergangenheit überwinden und sich von ihr distanzieren wollten, schwierig. Deswegen wurde dieser Tag in Deutschland nicht zu einem *lieu de memoire*, obwohl er logischerweise einen entscheidenden Einfluss auch auf die deutsche Geschichte hatte. Aus diesem Grund sollte man immer den nicht so zahlreichen deutschen Reflexionen über den Ausbruch des Krieges 1939 die größte Aufmerksamkeit schenken. Bei dieser Publikation wird das keine Schwierigkeit bereiten, denn der Herausgeber präsentiert uns in diesem Band fünf hervorragende Texte, die bislang nur einem engen Kreis von Historikern und Politikern bekannt waren. Jeder von diesen Texten stellt einen Blick auf den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges aus einer ganz anderen Perspektive dar, die ganz unterschiedlich zum Ausdruck gebracht wird.

Wir finden also in diesem Band eine Rede des ehemaligen Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, **Dr. Richard von Weizsäcker**, die er am 26. Mai 2009 im Warschauer Königsschloss zum Beginn der deutsch-polnisch-russischen Konferenz zur Genese des Zweiten Weltkrieges hielt. Richard von Weizsäcker sprach im Alter von 89 Jahren über den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges als Zeitzeuge jener Ereignisse sowie als ein äußerst erfahrener Politiker und vor allem als eine Person, die vielleicht über das größte Kapital öffentlichen Vertrauens und der Autorität in der heutigen Bundesrepublik Deutschland verfügt. In seiner Rede ist nicht nur die ethische Botschaft und der Edelsinn der Gedanken bemerkenswert, sondern auch die meisterhafte Präzision des Wortes.

Professor Horst Möller, in Breslau geboren, spricht über die Ursachen des Krieges aus der Sicht eines Historikers, der große und vielfältige wissenschaftliche Erfahrungen hat, gleichzeitig aus der Position einer der bekanntesten und einflussreichsten Persönlichkeiten unter den deutschen Historikern. Er gilt als Vertreter des konservativen Flügels unter den deutschen Historikern, ist langjähriger Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München

¹ Jene, die im Kriege aus der Erpressung und Denunzierung verfolgter Juden ein lukratives Geschäft gemacht haben.

und Mitglied von mehreren wissenschaftlichen Beiräten und anderen Gremien, die verschiedene Institutionen in Deutschland und im Ausland unterstützen. So ist er Mitglied des Beirates des Zentrums gegen Vertreibungen sowie des Deutschen Historischen Instituts in Warschau. Professor Möller beschreibt die politische Situation in Europa, die zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führte, als befände sich sein Beobachtungspunkt auf einem geostationären Orbit, also dort, wo man keine unnötigen Details und Emotionen mehr erkennen kann. Seine Ausführungen und seine Schlussfolgerung sind logisch, scharf und kühl. Das sind Eigenschaften, deren Mangel wir nicht selten im polnischen Narrativ über die Genese des Zweiten Weltkrieges spüren, deswegen sollte der Text von Horst Möller unbedingt aufgegriffen und analysiert werden.

Professor Stefan Troebst, Historiker, Slawist, Balkan- und Islamexperte, ist nicht nur ein Vertreter der mittleren Forschergeneration mit einem sehr breiten Horizont, sondern auch ein erfahrener Wissenschaftsmanager und Wissenschaftler, dessen Expertenwissen deutsche Politiker gerne nutzen. Sein Text gehört zu einem Forschungsbereich, der heute in Europa fruchtbar und populär ist und sich auf die Erinnerungsproblematik konzentriert. Es geht hier also nicht um die Rekonstruktion der vergangenen Ereignisse, sondern vielmehr um die Erklärung, warum und wie man sich an sie erinnert. In seinem Text erklärt Stefan Troebst auf eine geistreiche Art, woher der dramatische Unterschied in der Wahrnehmung des Hitler-Stalin-Paktes in den einzelnen Ländern und Regionen Europas kommt und worin er besteht. Es ist zu bedauern, dass die Leser seine Interpretation erst dann zu Händen bekommen, wenn der Höhepunkt der Feierlichkeiten anlässlich des Ausbruches des Zweiten Weltkrieges bereits vorbei ist. Trotzdem wird man seine Ausführungen zur Kenntnis nehmen, denn sie erklären uns einige wichtige Aspekte der Gegenwart.

Und schließlich der vierte Text, der erst kürzlich verfasst wurde und der bislang in Polen noch viel zu wenig bekannt ist. Es handelt sich hier um den Appell von hundert deutschen Intellektuellen mit dem denkwürdigen Titel „*Das Jahr 1989 feiern, heißt auch, sich an 1939 erinnern. Eine Erklärung zum 70. Jahrestag des Hitler-Stalin Pakts am 23. August*“. Es mag etwas unglaubwürdig klingen, aber als ich vor zwei Tagen in dieser kurzen Einleitung über die hundert mir bekannten Deutschen schrieb, die die Bedeutung des „*23. August*“ und des „*1. Septembers*“ verstehen, wusste ich noch nichts vom diesem noblen und ergreifenden Appell, dessen Unterzeichner sicherlich keine unkritischen Polenfreunde sind. Sie erinnern die deutsche Öffentlichkeit

an Ereignisse, die im fröhlichen und zunehmenden Tumult anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der Bundesrepublik und des 20. Jahrestages des Mauerfalls kaum hörbar sind.

Dieser Appell, wie auch der anschließende Text *„Zukunftsorientierte Zusammenarbeit im Wissen um die Vergangenheit“*, den einige jüngere deutsche und polnische Experten aus dem Umkreis der Konrad-Adenauer-Stiftung verfasst haben, sowie die genauso aktuelle gemeinsame Erklärung der deutschen und polnischen Bischofskonferenz, die derzeit im Deutschen Historischen Museum in Berlin präsentierte Ausstellung *„Deutsche und Polen: 1.9.39“* und die für November dieses Jahres in der Gedenkstätte Sachsenhausen geplante Ausstellung und Konferenz über das Schicksal der Krakauer Professoren im KZ Sachsenhausen sind Ereignisse, die uns, nach einigen Jahren der kontrovers diskutierten Interpretationen der deutsch-polnischen Geschichte auf unsere Beziehungen mit Optimismus blicken lassen. Denn Richard von Weizsäcker hatte Recht, als er sagte: *„Aufrichtige Erinnerung ist der wichtigste Schlüssel zur Zukunft.“*

Krakau, 23.-31. August 2009

„Aufrichtige Erinnerung ist der Schlüssel zur Zukunft“

Dr. Richard von Weizsäcker
Bundespräsident a.D.

*(Ansprache auf der Konferenz
zur Genese des Zweiten Weltkrieges
am 26. Mai 2009 im Warschauer Königsschloss)*

Sehr verehrter Herr Präsident Kaczynski,
meine Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen, Herr Präsident, erneut begegnen zu können. Gut erinnere ich mich an das Gespräch, das wir zu zweit geführt haben – und zwar eben über die Geschichte. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie zur Eröffnung dieses Kongresses kommen und damit seine Bedeutung unterstreichen. Erlauben Sie mir zuerst, meinen Dank an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen, Herrn Sikorski, auszusprechen. Es ist ein wichtiger Entschluss, aus Anlass des bevorstehenden 70. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges eine internationale Konferenz zu den Hintergründen zu veranstalten.

Mein besonderer Dank gilt der klugen Weitsicht, dafür Gelehrte aus Polen, Russland und Deutschland zusammen einzuladen, damit sie sich gemeinsam und objektiv der tragischen Geschichte widmen und an einer Botschaft für die Gegenwart arbeiten können. Es war großzügig von Ihnen, auch mich zur Teilnahme einzuladen. Ich bin kein Historiker, sondern Politiker. Die Vorkriegszeit habe ich nur als Schüler und Student erlebt. Allzu wenig wussten wir über die Geschichte, vor allem über die schweren historischen Erfahrungen unseres Nachbarlandes Polen.

Hitler aber hatte den Krieg gewollt. Darauf hatte er sich vorbereitet. Die Hoffnungen anderer europäischer Regierungen, ihn davon mit dem Münchner Abkommen abzubringen, waren illusionär. Am 1. September 1939 war ich als einer der jüngsten Soldaten am deutschen Angriffskrieg auf Polen beteiligt. Wir haben uns schwere Wunden geschlagen. Wie sollten sie verheilen? Wir erinnern uns der Menschen, die uns fehlen, weil sie ihr Leben verloren haben. Darüber, dass ich meinen eigenen älteren Bruder schon am zweiten Kriegstage selbst auf polnischem Boden verloren und beerdigt habe, vergesse ich nicht, welches grauenhafte Unrecht mein Land durch den Angriffskrieg über so viele Länder gebracht hat – und zuerst über Polen. Wir spüren die Wunden auch im Verhältnis unserer Völker zueinander.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurden Trümmer beseitigt. Städte und Länder wurden wieder aufgebaut. Davon zeugen ja gerade auch das Schloss und dieser Saal, in dem wir uns hier begegnen dürfen.¹ Die Beziehungen zwischen den Staaten und zwischen den Menschen in verschiedenen Ländern wurden so gut es ging wieder angeknüpft. Längst nicht alles konnte wiederhergestellt werden. Entspannung verdrängte nicht die Erinnerung. Aber sie half uns, aus den unendlich schweren Gewichten der Vergangenheit ein Fundament für die Zukunft zu bauen.

Für meine Generation – ich bin jetzt in meinem 90. Lebensjahr - habe ich es in Deutschland als unsere zentrale, unsere wichtigste Aufgabe angesehen, mit unseren östlichen Nachbarn, den Polen, eine neue, ernsthafte, vergangenheitsbewusste und zukunftsorientierte Beziehung anzuknüpfen. Die Erinnerung verpflichtet uns, einander zu achten und behutsam miteinander umzugehen. Sie verpflichtet ganz besonders die Politiker, die Publizisten, alle, deren Stimme weithin gehört wird.

Ein gewissenhaftes und vorbehaltloses Erforschen der Vergangenheit macht es uns leichter, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Die Geschichtswissenschaft hat eine große politische Aufgabe, nicht als politisches Instrument, sondern eben als Wissenschaft. Daher unsere Freude darüber, dass diese Konferenz stattfindet. Damit kann die Geschichtswissenschaft uns belehren und helfen. Erinnerung, das ist keine Waffe, weder zum Angriff noch zur Verteidigung. Aufrichtige Erinnerung ist der wichtigste Schlüssel zur Zukunft.

¹ Das Königsschloss wurde während des Zweiten Weltkrieges 1939 und 1944 fast gänzlich zerstört und ab den 1970er Jahren bis 1988 wieder aufgebaut.

Internationale Instabilität und die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch Hitler mit der Hilfe Stalins

Prof. Dr. Horst Möller

I.

Die „*Urkatastrophe Europas*“ hat George F. Kennan den Ersten Weltkrieg genannt. Und tatsächlich kamen, trotz hoffnungsvoller Perioden nach 1918, weder Europa noch die Welt zur Ruhe. Der ehemalige italienische Ministerpräsident Francesco Nitti veröffentlichte schon 1921 ein Buch mit dem Titel „*Das friedlose Europa*“, und Winston Churchill war bereits zur gleichen Zeit überzeugt, ein zweiter Weltkrieg sei unvermeidlich. Tatsächlich überwog die Zahl der revisionistischen Mächte, also derer, die die Pariser Friedensverträge von 1919/20 revidieren wollten. Die nach der Oktoberrevolution von 1917 zunächst geschwächte, sich dann aber zunehmend verstärkende Großmacht Sowjetrußland blieb zunächst außerhalb der Systems von Versailles, war folglich ebenfalls ein Faktor potentieller Destabilisierung. Auch Polen zählte in den 1920er Jahren zu den annexionistischen Mächten und schob mit militärischen Aktionen gegen Sowjetrußland, Litauen und 1938 die Tschechoslowakei seine Grenzen immer weiter hinaus.

Die Instabilität des europäischen Staatensystems korrespondierte mit der Instabilität der europäischen Demokratien der Zwischenkriegszeit. Nacheinander fielen die demokratischen Verfassungsordnungen und wurden durch autoritäre Systeme (in Polen 1926 durch Marschall Pilsudski), Militärdiktaturen und faschistische Regime ersetzt, als eine der letzten Bastionen wurde die demokratische Verfassungsordnung in Deutschland zerstört. Fast alle 1918/19 neu gegründeten Demokratien wurden von innen heraus ausgehöhlt. Eine Ausnahme unter den neu gegründeten Demokratien bildeten nur die Tschechoslowakei – die 1938/39 durch Hitler zerstört wurde – und Finnland, das 1940 durch Stalin beseitigt wurde.

Selbst die alten demokratischen Großmächte Europas Großbritannien und Frankreich wurden bereits in den 1920er Jahren, vor allem aber im Gefolge der Weltwirtschaftskrise seit 1929/30 von heftigen, die Existenz bedrohenden innenpolitischen Krisen geschüttelt. Sogar in Frankreich trugen diese inneren Krisen schließlich neben der Niederlage gegen NS-Deutschland 1940 ebenfalls dazu bei, die Dritte Republik zu zerstören.

Trotz dieser strukturellen Krisenhaftigkeit und Instabilität des Europas der Zwischenkriegszeit, trotz der Zerstörung vieler europäischer Demokratien, müssen wir uns hüten, die Entwicklung als zwangsläufig anzusehen, um mit Georg Büchner zu reden, einem „grässlichen Fatalismus der Geschichte“ zu verfallen: Stets gab es an kritischen Wegscheidungen auch Alternativen, stets auch individuelle oder nationale Verantwortlichkeiten: Doch konnten sie nur unter den strukturellen langfristigen Voraussetzungen zur Wirkung kommen. Im Folgenden gilt es also, vor dem Hintergrund dieser Instabilität die Entscheidungslagen 1938/39 und die dann im Sommer/Herbst 1939 ausschlaggebenden Handlungen und damit die unmittelbare Verantwortung für die „Entfesselung des Zweiten Weltkriegs“ zu klären.

II.

Hatte schon die Remilitarisierung des Rheinlands 1936, die Missachtung der Versailler Abrüstungsbestimmungen und der „Anschluss“ Österreichs im März 1938 Hitlers innenpolitisches Ansehen mithilfe einer aggressiven und offenbar gerade dadurch erfolgreichen Außenpolitik gestärkt, so setzte sich der Prestigegegewinn des Hasardeurs 1938/39 fort, als er in zwei Schritten die Tschechoslowakei zerschlug. Das Deutsche Reich ignorierte unter Hitlers Führung zunehmend die völkerrechtlichen Regeln, die zwischen 1919 und 1928 etabliert worden waren und sprengte auf gewaltsame Weise endgültig die Fesseln des Versailler Systems. Die Außenpolitik erwies sich als Faktor, der zur Stabilisierung der nationalsozialistischen Führerdiktatur in Deutschland mehr und mehr beitrug.

Die außenpolitischen Erfolge bestärkten Hitler darin, die polnische Frage anzugehen. Unmittelbar nach der in seinem Sinne erfolgten Zerschlagung der Tschechoslowakei wiederholte Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop gegenüber dem polnischen Botschafter in Berlin, Jozef Lipski, am 21. März 1939 deutsche Vorschläge zur Lösung der offenen Probleme. Allerdings folgten sie nur dem taktischen Zweck, Polen zu beruhigen, um im Westen gegenüber Frankreich freie Hand zu erhalten. Nachdem bereits seit 1935 immer

wieder deutsch-polnische Verhandlungen stattgefunden hatten und 1937 auch verschiedene Übereinkünfte zum Grenzverkehr und zur wechselseitigen Behandlung der Minoritätenfragen erzielt worden waren, schienen sich die beiderseitigen Beziehungen zu verbessern. Während des Jahres 1939 wurde dann jedoch die Verschlechterung unübersehbar, zumal die deutschen Forderungen immer drängender wurden und die Vereinbarung mit der Slowakei in Polen Beunruhigung auslöste.

Auch an der polnisch-sowjetischen Grenze ereigneten sich immer wieder Zwischenfälle. Zwar hatten die Regierungen in Moskau und Warschau am 26. November 1938 in einem gemeinsamen Kommuniqué ihre Bereitschaft bekräftigt, die noch offenen Fragen zu lösen und den am 25. Juli 1932 abgeschlossenen und 1934 bis zum 31. Dezember 1945 verlängerten polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt ausdrücklich bekräftigt. Doch eine hinreichende Sicherheit gegenüber der bolschewistischen Diktatur, die genauso bedenkenlos wie die nationalsozialistische Verträge abschloss, die bei Bedarf gebrochen werden konnten, bot dies nicht. Zumindest seit März 1939 wurde die Möglichkeit eines Krieges auf allen Seiten einkalkuliert, die deutschen Vorschläge an Polen erfolgten also in einer Atmosphäre der Verunsicherung und des Misstrauens. Der Hinweis Ribbentrops, Polen verdanke seine „*heutige territoriale Ausdehnung dem schwersten Unglück Deutschlands ... nämlich der Tatsache, daß Deutschland den Weltkrieg verloren habe*“, konnte durchaus als Drohung verstanden werden. Bezeichnend für das Doppelspiel der nationalsozialistischen Regierung war die Folgerung, die der Reichsaußenminister zog: Die „*Korridor-Regelung*“ werde allgemein „*als die schwerste Belastung des Versailler Vertrags für Deutschland empfunden*“.

Die polnische Regierung, die im Vorjahr noch Illusionen gegenüber Hitler gehegt hatte, erfasste nun die Gefährlichkeit der Situation, und begann am 23. März 1939 mit einer Teilmobilmachung im Korridor. Am gleichen Tag marschierten deutsche Truppen aufgrund einer von der Reichsregierung durch Druck erreichten Vereinbarung mit Litauen über die Wiedereingliederung des Memelgebiets, die am Vortag geschlossen worden war, dort ein. Das Reich übte auf Polen nach den Aktionen an seiner südwestlichen Grenze auch von Norden her psychologischen Druck aus. Ebenfalls am 23. März wurde ein Handelsabkommen mit Rumänien geschlossen, das nicht allein rumänisches Erdöl für den deutschen Vertragspartner sicherte, sondern Teil einer wirtschaftspolitischen Offensive mit dem Ziel eines durch Deutschland dominierten mitteleuropäischen Wirtschaftsraums darstellte. Diese Aktionen zeigten deutlich, dass

Hitler auch nach den in den Jahren 1938 und 1939 erzielten Erfolgen das Reich keineswegs als saturiert betrachtete.

Die Ablehnung der deutschen Vorschläge in einem Memorandum vom 25. März 1939 verband Polen mit dem nachdrücklichen Hinweis auf sein fortbestehendes Interesse an gutnachbarlichen Beziehungen zu Deutschland und die bisherigen polnischen Aktivitäten, die diesen förderlich gewesen seien. Doch reagierte, wie zu erwarten war, die deutsche Seite betont kühl. Während sich der deutsche Ton gegenüber Polen verschärfte, verbesserten sich dessen Beziehungen zu den Westmächten. Das Foreign Office in London übermittelte am 20. März 1939 der polnischen Regierung eine Lagebeurteilung, die sich durch ihre Klarsicht eindeutig von der bis dahin geübten defensiven Haltung gegenüber Hitlers Offensiven unterschied: Das Aufsaugen der Tschechoslowakei durch Deutschland zeige klar, *„daß die deutsche Regierung entschlossen ist, über das von ihr bisher zugegebene Ziel, das darin bestand, die deutsche Rasse zu festigen, hinauszugehen. Sie hat jetzt ihre Eroberungen auf ein anderes Volk ausgedehnt, und wenn es sich später herausstellt, daß das ein Teil einer deutschen Politik der Vorherrschaft ist, so wird es in Europa keinen Staat mehr geben, der nicht unmittelbar oder endgültig bedroht wäre“*. Unter diesen Umständen schlug die britische Regierung eine sofortige *„Organisation der gegenseitigen Hilfeleistung“* zwischen den Staaten vor, die sich bewusst seien, dass die *„internationale Gesellschaft“* vor der weiteren Verletzung der Grundsätze, auf denen sie beruhe, geschützt werden müsse [Text in H. Michaelis/ E. Schraepler (Hg.), Ursachen und Folgen, Bd. XIII, 199f.].

Der Vorschlag, mit der französischen und der sowjetrussischen Regierung in Verhandlungen einzutreten, zeigte 1939 eine völlige Veränderung der internationalen Ordnung gegenüber ihrem Ursprung 1919, indem die damals ausgeschlossene Sowjetunion nun zumindest als potentielle Status-quo-Macht eingeschätzt wurde. Dieses Memorandum bewies jedoch erneut, dass es der britischen Regierung nicht um ein Bündnis von Demokratien gegen Diktaturen ging, sondern um Bewahrung der internationalen Ordnung und Verhinderung einer kontinentalen Hegemonie Deutschlands. Die britische Außenpolitik zeichnete die spätere Anti-Hitler-Koalition vor und verkannte zugleich die potentielle Aggressivität der kommunistischen Diktatur, wartete doch Stalin nur auf seine Stunde: Er konnte sie gemäß dem ihn leitenden machtpolitischen Kalkül zusammen mit den westlichen Demokratien, aber auch gegen sie gemeinsam mit der ideologisch verfeindeten nationalsozialistischen Diktatur nützen.

Diese Konstellation erwies sich für die Sowjetunion als ideale Ausgangsbasis zur Machtsteigerung, konnten die sie umwerbenden Mächte doch durch ein ebenso geschicktes wie skrupelloses Doppelspiel gegeneinander ausgespielt werden. Seit dem 17. April 1939 betrieb Stalin ungeachtet westlicher Avancen die Annäherung an das nationalsozialistische Deutsche Reich. Einen Tag später bot er Großbritannien und Frankreich einen Dreibund an, dem gegebenenfalls auch Polen beitreten könne. Wie wenig die Ideologie für die Entwicklung der internationalen Beziehungen in den Monaten vor Kriegsausbruch maßgeblich war, zeigte das Ränkespiel der Diktatoren. Während einerseits die Annäherung von nationalsozialistischer und kommunistischer Regierung bereits am Horizont auftauchte, trat nach Beendigung des Bürgerkriegs Spaniens am 28. März 1939 dem Antikomintern-Pakt bei und reihte sich somit der antikommunistischen Front ein, für die Hitler offiziell die Trommel rührte. Die faschistisch-nationalsozialistische Einheitsfront gegen die bolschewistische Gefahr schien also nach wie vor Richtschnur der Politik zu sein, wie auch der erwähnte, an die Westmächte adressierte Vertragsentwurf Stalins nahezu zeitgleich mit der ersten sowjetischen Sondierung gegenüber dem Deutschen Reich erfolgte. Das öffentliche Vorgehen Hitlers und Stalins musste zwangsläufig den Eindruck unversöhnlicher Feindschaft erwecken und die demokratischen Staatsmänner, die die beiden Diktatoren unterschätzten, darüber hinwegtäuschen, dass die Situation durch das potentielle Zusammengehen beider noch gefährlicher war, als sie ohnehin glaubten.

Das faschistische Italien, das sich schon verschiedentlich irritiert gezeigt hatte, weil Hitler immer wieder vollendete Tatsachen schuf, ohne den Verbündeten zu konsultieren, wollte der deutschen Annexionspolitik keinesfalls nachstehen und marschierte seinerseits in ein fremdes Land ein: Am 7. April ließ Mussolini Albanien besetzen und am 16. April den italienischen König Viktor Emanuel auch zum König Albaniens proklamieren. Wie Großbritannien und Frankreich auf Hitlers Drohgebärden gegenüber Polen reagiert hatten, so nun auch der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt auf die beiden verbündeten Diktatoren: Er erinnerte an seine frühere Anregung zu einer internationalen Konferenz, um zu vermeiden, dass *„ein großer Teil der Welt in Trümmer gelegt wird. Die ganze Welt, die siegreichen Nationen, die besiegten Nationen und die neutralen Länder würden darunter leiden“*. [Text in: ebd., 224-227; Zitat 227].

So prophetisch diese Worte waren, so wenig erwiesen sich die beiden angesprochenen Diktatoren einer solchen Verantwortungsethik zugänglich: Hit-

ler und Mussolini wollten den Krieg, und folglich reagierten sie ablehnend. Zugleich beteuerte Hitler, wie sehr ihm immer an guten deutsch-britischen Beziehungen gelegen sei. Bezeichnend für das künftige Vorgehen waren Hitlers Hinweise auf Polen, das seine verschiedenen Vorschläge leider abgelehnt habe, darunter einen 25jährigen Nichtangriffspakt: *„Das Schlimmste ist, daß nunmehr ähnlich wie die Tschechoslowakei vor einem Jahr auch Polen glaubt, unter dem Druck einer verlogenen Weltpresse Truppen einberufen zu müssen, obwohl Deutschland seinerseits überhaupt nicht einen einzigen Mann eingezogen hat und nicht daran dachte, irgendwie gegen Polen vorzugehen.“* Aufgrund dieses Vorgehens sehe er, Hitler, das zwischen ihm und Marschall Pilsudski am 26. Januar 1934 geschlossene Abkommen *„als durch Polen einseitig verletzt an und damit als nicht mehr bestehend!“* [ebd., 227-240; Zitat: 231 f.]

Das propagandistische Muster war klar: Polen sollte die Rolle des Aggressors gegen ein im Prinzip friedliebendes Deutschland zugeschoben werden, das auf militärische Handlungen gar nicht eingestellt war. Die Westmächte antworteten mit einer Intensivierung ihrer Bündnispolitik und ihrer diplomatischen Sicherungen, beispielsweise in der britisch-französischen Garantieerklärung für Polen am 31. März 1939 und für Griechenland am 13. April, die Mussolini vor weiteren Annexionen warnen sollte. Bei den Verhandlungen zur Vorbereitung des *„Stahlpakts“* zwischen Deutschland und Italien vertrat Mussolini allerdings noch am 4. Mai 1939 explizit die Meinung, *„daß die beiden europäischen Achsenmächte eine Friedensperiode von mindestens drei Jahren brauchen. Erst von 1943 an kann ein Krieg die größten Aussichten eines Sieges haben“* [ebd., 282]. Der *„Duce“* begründete seine Einschätzung unter anderem mit ökonomischen, rüstungspolitischen und ideologischen Argumenten, keineswegs aber mit einer Ablehnung des Krieges als Mittel der gewollten imperialistischen Expansionspolitik. Dabei hatte er im Unterschied zu Hitler deutliche, wenngleich taktisch bedingte Skrupel, sich mit der kommunistischen Diktatur zu verbünden.

Solche Bedenken hatten die beiden Hauptschuldigen am bevorstehenden Kriegausbruch, Hitler und Stalin, keineswegs. Die nationalsozialistische Regierung scheute sich nicht einmal, den engsten und ideologisch verwandten Verbündeten über die eigenen Absichten zu täuschen. Ribbentrop gab bei den Verhandlungen mit seinem italienischen Kollegen Graf Ciano am 6. und 7. Mai in Mailand die von Mussolini gewünschten Zusicherungen: Dessen Einschätzung, eine dreijährige Friedensperiode sei notwendig, deckte sich auch mit der deutschen Auffassung. Hinsichtlich der Sowjetunion wurde zwar ver-

einbart, eine Entspannung zwischen ihr und den Achsenmächten herbeizuführen, doch solle eine solche Entlastung nicht zu weit gehen, da *„nach Auffassung des Duce ein freundschaftliches Verhältnis mit der Sowjetunion aus italienisch-innerpolitischen Gründen nicht möglich sei“* [Gesprächsaufzeichnung Ribbentrops, ebd., 284-286, Zitate: 284, 285]. An der polnischen Frage zeigte sich Italien desinteressiert.

Hitler erhielt also durch Mussolini nahezu freie Hand, in Bezug auf die Sowjetunion nahm er sie sich; die politische Bedeutung der folgenden Vereinbarung blieb deshalb, aber auch aufgrund der einschränkenden Bedingungen Mussolinis, die Hitler nur verbal teilte, begrenzt. Allerdings stand auch für Mussolini fest, dass der Krieg, den er – seine sozialistische Herkunft nicht verleugnend – buchstäblich als internationalen Klassenkampf deutete, kommen werde: *„Der Krieg zwischen den plutokratischen und deshalb selbstüchtig konservativen und den stark bevölkerten und armen Nationen ist unvermeidlich. Dieser Sachlage nach muß man sich entsprechend vorbereiten“* [Denkschrift v. 30. Mai 1939, ebd., 289-291; Zitat: 289].

Das Deutsche Reich versuchte nun, durch weitere Nichtangriffspakte, beispielsweise mit den skandinavischen und baltischen Staaten, sich den Rücken wenigstens teilweise freizuhalten, worauf aber nur Dänemark, Estland und Lettland eingingen. Zugleich wollte Hitler durch Scheinangebote an Polen weiter Zeit gewinnen und mit Hilfe der schon vorher einkalkulierten Ablehnung gegenüber der deutschen, aber auch der Weltöffentlichkeit das eigene spätere Vorgehen legitimieren. Um dies aber machtpolitisch und strategisch absichern zu können, betrieb nun auch Hitler immer nachdrücklicher die Annäherung an Stalin, der zwar noch am 24. Juli mit Großbritannien und Frankreich einen Bündnisvertrag abschloss, zugleich aber die Wirtschaftsverhandlungen mit dem Deutschen Reich beschleunigte. Aufgrund einer Meinungsverschiedenheit über die Militärkonvention, bei der Stalin Durchmarschrechte der Sowjetunion durch Polen und Rumänien vorsah, ließ er schließlich den Pakt mit den Westmächten scheitern, nachdem er zu dem Schluss gekommen war, dass ein Abkommen mit dem Deutschen Reich vorteilhafter sein würde.

Der skrupellose Expansionismus Hitlers und Stalins bereitete schließlich den Weg für den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, den die Außenminister von Ribbentrop und Molotow am 23. August 1939 im Beisein des hintergründig lächelnden Stalin in Moskau unterzeichneten, nachdem noch kurz vorher ein deutsch-sowjetisches Handelsabkommen abgeschlossen worden

war. In einem Telegramm an Stalin hatte Hitler am 20. August 1939 seinen künftigen Partner nicht im Unklaren darüber gelassen, dass die Spannungen zwischen Polen und Deutschland binnen kürzester Frist zum Krieg führen würden. Stalin antwortete darauf am 21. August zwar nicht explizit, aber doch indirekt mit der vieldeutigen Bemerkung: Der Abschluss eines Nichtangriffspakts schaffe die „Grundlage für die Liquidierung der politischen Spannung“ [ebd., 451 f., Zitat: 452].

Wiederum demonstrierten die beiden Diktatoren ihre Doppelzüngigkeit und die sekundäre Bedeutung der ideologischen Feindschaft, wenn es um ihre materiellen Interessen ging. Das fast bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion mehr als fünfzig Jahre später dort geheim gehaltene bzw. in seiner Existenz bestrittene geheime Zusatzprotokoll grenzte streng vertraulich die „beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa“ ab. Die nördliche Grenze Litauens bildete die Demarkationslinie zwischen der UdSSR und Deutschland, in Bezug auf Polen seien dies die Flüsse Narew, Weichsel und San: „Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen, und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden. In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen“ [ebd., 458].

Der deutsch-sowjetische Vertrag vom 23. August 1939, genauer das Zusatzprotokoll, bildete die letzte, aber entscheidende Stufe zum Zweiten Weltkrieg. Es besteht kein Zweifel, dass Hitler diesen Krieg entfesselt hat, ebenso wenig zweifelhaft ist aber, dass er in Stalin einen entscheidenden, ja unentbehrlichen Helfer hatte, der seinerseits durch den Einmarsch in die Osthälfte Polens den bis 1945 verlängerten Nichtangriffspakt mit Polen brach. Auch die Sowjetunion beseitigte die von Großbritannien und Frankreich garantierte territoriale Integrität Polens. Die Verurteilung des nationalsozialistischen Deutschland als Angreifer ist zwingend, aber nicht minder zwingend ist diejenige der stalinistischen Sowjetunion, wegen – äußerst aktiver, ja konstitutiver – Beihilfe. Nach Entfesselung des Krieges wurden Hitler und Stalin zunächst zu völlig analog handelnden Tätern: Sie teilten Osteuropa gewaltsam zwischen sich auf, okkupierten fremdes Staatsgebiet, unterjochten die dort ansässige Bevölkerung, ließen Massenmorde begehen und führten Deportationen durch.

Auf die wie eine Bombe einschlagende Veröffentlichung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts reagierten die Westmächte unmittelbar: Schon am

25. August schloss Großbritannien ein gegenseitiges Beistandsabkommen mit Polen, einen Tag später unterstrich Premierminister Daladier in einem Brief an Hitler zwar den Friedenswillen Frankreichs, aber auch dessen Beistandsverpflichtung gegenüber Polen. Aufgrund dieser Konstellation und der Mitteilung Mussolinis, dass Italien im Augenblick noch nicht in der Lage sei, Krieg zu führen, zog Hitler am 26. August den schon gegebenen Befehl zum Einmarsch in Polen zurück. Ein nochmaliges britisches Vermittlungsangebot vom 28. August beantwortete Hitler mit der verschärften Wiederholung seiner früheren Forderungen gegenüber Polen, über die unverzüglich verhandelt werden müsse. Zwei Tage darauf erklärte die Reichsregierung, die Ursachen der gegenwärtigen Spannungen lägen „1. in der unmöglichen Grenzziehung, wie sie durch das Versailler Diktat vorgenommen wurde, 2. in der unmöglichen Behandlung der Minderheit in den abgetrennten Gebieten“. Die deutschen Forderungen waren insgesamt deutlich verschärft worden, so war von einer Garantie des Korridors keine Rede mehr, statt dessen sollte die dortige Bevölkerung über die künftige Zugehörigkeit abstimmen, wozu im übrigen die seinerzeit vertriebenen Deutschen „zur Erfüllung ihrer Abstimmungspflicht“ zurückkehren sollten [Text in: ebd., 581—584; Zitat: 582].

Ton, Inhalt und zeitlicher Druck wurden sowohl bei den Westmächten als auch den Polen als ultimativ verstanden. Da Polen im Übrigen viel zurückhaltendere Vorschläge mehrfach abgelehnt hatte, konnte die Reichsregierung davon ausgehen, dass sie mit diesen Forderungen vom 30. August 1939 kaum ernsthafte Verhandlungen eröffnen würde. In letzter Minute nochmals unternommene Initiativen zur Vermittlung, seien es diejenigen der Westmächte, Mussolinis oder der mit Hitlers Wissen unternommene Versuch Hermann Görings über den Schweden Birger Dahlerus, waren daher von vornherein zum Scheitern verurteilt, da Hitler keine Verhandlungen, kein zweites „München“, sondern Krieg wollte. Polen seinerseits machte nicht den Versuch einer Hinhaltetaktik, was angesichts seiner realen Bedrohung durchaus sinnvoll gewesen wäre.

Für Hitler war der Weg frei, am 31. August 1939 gab er erneut und dieses Mal unwiderruflich den Befehl zum Angriff. Die offizielle Begründung lautete: Deutschland sei nicht mehr bereit, die ständigen polnischen Grenzverletzungen und brutalen Übergriffe auf die deutsche Bevölkerung hinzunehmen. Als unmittelbarer Anlass diente der von deutscher Seite inszenierte, Polen in die Schuhe geschobene Überfall auf den Sender Gleiwitz. Im Reichstag erklärte Hitler am 1. September: „Ich habe mich ... entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu sprechen, mit der Polen nun seit Monaten mit uns spricht!“ [ebd., 605].

Nach dem Angriff des Deutschen Reiches auf Polen am 1. September 1939 versuchten Großbritannien und Frankreich ein letztes Mal, das Verhängnis abzuwenden und boten an, auf Kriegserklärungen zu verzichten, wenn Deutschland seine Truppen unverzüglich zurückziehe. Auch Mussolini wiederholte einen Tag später seinen Vorschlag zu einer internationalen Konferenz, dem er mit der Erklärung Nachdruck verlieh, Italien sei „*nichtkriegführend*“. Doch Hitler war auch jetzt nicht bereit, auf die militärische Eroberung der Westhälfte Polens zu verzichten, hatte er doch nicht bloß auf diese Gelegenheit gewartet, sondern sie zielstrebig herbeigeführt. Daraufhin erfolgten am 3. September die angekündigten Kriegserklärungen Großbritanniens und Frankreichs an das Deutsche Reich.

III.

Der Krieg war nicht die einzig mögliche Konsequenz aus der außen- und innenpolitischen Instabilität Europas zwischen den Kriegen. Wenngleich die Legitimität der europäischen Nachkriegsordnung von Beginn an bestritten worden war und ihre Konstruktion zahlreiche Schwächen aufwies, so hatte es doch immer wieder Anläufe zu ihrer Stabilisierung gegeben. Auch an weitreichenden Modifikationen zugunsten der revisionistischen Mächte mangelte es seit Mitte der 1920er, vor allem aber seit den 1930er Jahren nicht. Chancen auf Erhaltung des Friedens bestanden also durchaus, auch wenn sie nicht sehr groß waren. Die außenpolitische Instabilität wurde aber immer wieder durch die innenpolitische, durch die gesellschaftliche und seit Inflation, Reparationsproblematik und Weltwirtschaftskrise durch die ökonomische Krise verschärft, zugleich aber zählten diese Faktoren zu den Ursachen der innenpolitischen Krisen. Insofern hatte neben außenpolitischen und strategischen Ursachen, die im Versailler System begründet waren, die in Europa grassierende politische Instabilität erheblichen Anteil an der Verursachung des Zweiten Weltkriegs, zumal sie in vielen Staaten zu totalitären Diktaturen führte, für die Krieg das bevorzugte Mittel einer zugleich nationalistisch und imperialistisch geprägten Machtpolitik bildete. Unter den europäischen Diktaturen der Zwischenkriegszeit ging allein die sowjetrussische nicht aus einer spezifischen Instabilität der Demokratie hervor, sondern aus einer bestehenden vormodernen autokratischen Herrschaftsstruktur ohne rechtsstaatliche Tradition.

Wenngleich dies 1939 nicht so scheinen konnte, so bildete doch für die siegreichen faschistischen Diktaturen und vor allem die nationalsozialistische nach der ersten Etappe des erfolgreichen Kampfes gegen die Demokratien

der Krieg das Mittel, das bei günstiger Gelegenheit in die zweite Etappe, den ideologischen Endkampf um die Weltherrschaft, transformiert werden konnte. Insofern übernahm der Nationalsozialismus bei der unmittelbaren Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs 1939 sogar die klassische kommunistische Unterscheidung von Strategie und Taktik. Die Existenz totalitärer Ideologien zählt also ihrerseits zum Ursachenkomplex, aus dem der Zweite Weltkrieg entstand, und zur Form, in der er schließlich geführt wurde. Schließlich gehört es zum klassischen Repertoire autokratischer oder gar diktatorischer Herrschaft, innenpolitische Probleme zu verschleiern und durch Aggression nach außen abzuleiten. Der zum Popanz stilisierte Feind wird als Wurzel allen Übels aufgebaut, seine Eliminierung verspricht die Lösung aller nationalen Probleme, verspricht das Heil.

Gravierende, ja die Existenz bedrohende Probleme gab es nach 1918 in Hülle und Fülle. Sie resultierten in Bezug auf die nationalen Volkswirtschaften und die Weltwirtschaft zum nicht geringen Teil aus dem Ersten Weltkrieg. Sie stellten aber auch Modernisierungskrisen der europäischen Gesellschaften der Zwischenkriegszeit dar, deren Verflechtung untereinander und mit den USA so weit fortgeschritten war, dass ausschließlich nationale Lösungen kaum mehr möglich waren, was seinerseits mit der Autarkiepolitik der nationalistischen Diktaturen kollidierte, die ihre Analogie in der sowjetischen Autarkiepolitik fand.

Die drei wichtigsten revisionistischen Mächte – Japan, Deutschland und Italien – verfolgten bereits vor ihrer Kooperation unabhängig voneinander imperialistische Kriegsziele, die auch ökonomisch geprägt waren. Schließlich gingen die Eroberung Abessiniens durch Italien 1935/36 – die nach heutigem Forschungsstand bereits mit rassistisch motivierten Massenmorden durchgeführt wurde – sowie der 1937 beginnende zweite japanisch-chinesische Krieg nach dem japanischen Einfall in die Mandschurei 1931 Hitlers Annexionspolitik zeitlich voran, was unter anderem auf die größere Unabhängigkeit dieser beiden Länder im internationalen System zurückzuführen war. Die nationalsozialistische Großraumpolitik im Osten war nicht allein rassistisch bedingt, sondern auch wirtschaftlich. Das Schlagwort „*Volk ohne Raum*“ (Hans Grimm) war bevölkerungspolitisch motiviert, hing einer kolonialisatorischen Ideologie an, sollte darüber hinaus jedoch Kornkammern und im Südosten, in Rumänien, auch Ölquellen erschließen, sei es durch direkte Unterdrückung und Ausbeutung dieser Gebiete, sei es durch Schaffung eines deutsch beherrschten Wirtschaftsraums.

Der expansionistische Revisionismus der drei erwähnten Staaten hatte also verschiedene und im Falle des Deutschen Reiches ineinandergreifende Motive, die auf das internationale System destabilisierend wirkten und wirken sollten und schließlich zum Krieg trieben, zumal die Status-quo-Mächte, insbesondere Großbritannien und Frankreich, lediglich Modifikationen dieser Ordnung zuließen, nicht aber grundlegende Veränderungen – schon gar nicht solche, die die eigene weltweit ausgreifende Position in Frage gestellt hätten. Genau darin bestand jedoch in ihren jeweiligen Großräumen die Zielsetzung der drei revisionistischen Hauptmächte: Japans in Asien, Deutschlands in Ostmittel- und dann in ganz Osteuropa, Italiens im Mittelmeerraum. Der weltrevolutionäre Anspruch des kommunistischen Systems schien demgegenüber durch die Annäherung der Sowjetunion an die Versailler Ordnung und die Aufnahme in den Völkerbund, schließlich durch die Parole vom „*Sozialismus in einem Lande*“ während der 1930er Jahre in den Hintergrund zu treten. Die Sowjets schienen vor allem mit inneren Auseinandersetzungen, beispielsweise den Moskauer Schauprozessen sowie ihren verschiedenen Plänen zur wirtschaftlich-technologischen Entwicklung beschäftigt. Tatsächlich aber lavierte Stalin bis in die letzten Wochen vor Kriegsausbruch zwischen den Alternativen, um dann diejenige zu ergreifen, die ihm optimal erschien. Seine Präferenz für eine Kooperation mit Hitler war jedoch seit Frühjahr 1939 zweifelsfrei, nachdem klar geworden war, dass Großbritannien weder einer Annexion der baltischen Staaten, noch derjenigen Polens zustimmen würde.

Für die Entstehung des Zweiten Weltkriegs spielte paradoxerweise der Zeitpunkt der westlichen Zugeständnisse, aber auch die Appeasement-Politik selbst eine Rolle, obwohl sie das Gegenteil, nämlich Kriegsverhütung, beabsichtigten. So galt das Entgegenkommen nicht den Demokratien, insbesondere der Weimarer, zu deren Stabilisierung es hätte beitragen können, sondern den Diktatoren. Schließlich ermunterte die Appeasement-Politik Hitler zur ständigen Verschärfung seiner Forderungen und bot ihm Zeit für die Verbesserung seiner strategischen und bündnispolitischen Ausgangsbasis, vor allem aber für die Aufrüstung: Noch 1936 wären weder Deutschland noch Italien kriegsbereit gewesen, für die Sowjetunion ist dies zumindest fraglich. Kaum hätte der in dieser Hinsicht vorsichtige Stalin sich schon damals auf einen Krieg gegen Polen eingelassen, zumal er gerade seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre eine betont friedliche Politik verfolgt hatte: Die Sowjetunion beteiligte sich seit 1927 an den Abrüstungsverhandlungen, trat dem Briand-Kellogg-Pakt bei und führte die Politik der Nichtangriffspakte mit Anrainerstaaen auch zu Beginn der 1930er Jahre fort. Zwar sah Stalin einen künftigen

Konflikt innerhalb der kapitalistischen Staaten als unausweichlich an, wollte selbst aber erst am Ende Partei ergreifen, um die optimale Ausgangslage für die Sowjetunion zu erreichen. Mitte der 1930er Jahre aber war ihm eher daran gelegen, sich aus einem Konflikt zwischen den faschistischen und den demokratischen Staaten herauszuhalten, bzw. den aufgrund dieser Gegensätzlichkeit für die Sowjets günstigen Status quo zu erhalten, 1935 schloss Stalin sogar mit Frankreich und der Tschechoslowakei Bündnisse ab. Auch Stalin hatte zwar keinerlei Skrupel, solche Pakte zu brechen, wie sich 1939 zeigen sollte, doch in der Mitte der 1930er Jahre sah er den Zeitpunkt dafür noch nicht als gekommen an.

Die aufgrund einer zunehmend aggressiven Politik erzielten außenpolitischen Erfolge stärkten Mussolini und Hitler auch innenpolitisch, schwächten also jegliche oppositionelle Regung, wie sich nochmals seit dem 1. September 1939 beispielsweise an denjenigen deutschen Offizieren und Diplomaten zeigte, die den Krieg nicht wollten; sie gerieten durch Hitlers militärische Anfangserfolge zunehmend in die Defensive oder wurden auch selbst durch sie geblendet. Der Weg in den Zweiten Weltkrieg ist also trotz der offensichtlichen Kriegsschuld von Hitlers Deutschland durch eine komplexe Verbindung langfristiger, schon 1919 beginnender Ursachen, mit mittelfristigen, seit 1936 offensichtlichen und kurzfristigen, erst 1938/39 aktuell werdenden Faktoren charakterisiert.

IV. Historiographische Probleme

Wenngleich in den umfassender angelegten Darstellungen zur Zwischenkriegszeit sowie den Werken zur Außenpolitik der Großmächte die Destabilisierung der internationalen Ordnung eine zentrale Rolle spielt und die Untersuchungen über die Pariser Vorortverträge in der Regel auch die Frage behandeln, in welcher Weise ihre Mängel den Zweiten Weltkrieg begünstigt, wahrscheinlich oder gar unausweichlich gemacht haben, so bildet doch die „*Entfesselung des Zweiten Weltkrieges*“, die Walther Hofer in seinem gleichnamigen, zuerst 1954 veröffentlichten und dann der Forschung für Jahrzehnte die Richtungweisenden Werk behandelt hat, ein zentrales Thema. Dabei stehen Chancen und Risiken einer Politik zur Kriegsverhinderung seit Mitte der 1930er Jahre, vor allem die Appeasement-Politik, ebenso im Mittelpunkt wie die Frage der unmittelbaren Auslösung des Krieges durch Hitler.

Wenngleich der britischen Appeasement-Politik in vielen Untersuchungen, insbesondere von Anthony Adamthwaite eine wesentliche Mitverantwortung zugemessen wird, so darf dies doch nicht zu einem Missverständnis verleiten:

Die fundamentale Tatsache bleibt, wie die Forschung immer wieder bestätigt hat: Hitler wollte den Krieg, er hat ihn bereits programmatisch seit „*Mein Kampf*“ als unausweichlich angesehen, weil für ihn die Geschichte eine Geschichte von Rassenkämpfen war, weil er den nationalen und ökonomischen Imperialismus des späten 19. Jahrhunderts zunächst auf Europa übertrug und in einer bis dahin unvorstellbaren Weise zur Forderung nach einem großgermanischen Lebensraum steigerte. Sie sah die Vertreibung und Versklavung ganzer Völker, vor allem im Osten Europas, vor; millionenfacher Massenmord bildete das Mittel seiner Politik vermeintlicher Rassereinheit.

Die Gerechtigkeit gebietet es, nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, die den Staatsmännern der Zwischenkriegszeit gegenwärtig waren, alle Versuche zur Bewahrung des Friedens nicht allein als legitim, sondern als notwendig zu bewerten: Der Grundfehler lag auch außenpolitisch in der Unterschätzung Hitlers bzw. darin, dass seine Politik mit dem „normalen“ deutschen Revisionismus verwechselt wurde. Dies machte Adamthwaite in Bezug auf Neville Chamberlain plausibel, der Hitler und Mussolini als rationale Politiker eingeschätzt habe, auf deren Wort man sich verlassen könne. Anhand von Meinungsumfragen kann er im Übrigen zeigen, dass Chamberlain damit nicht allein stand: Die Mehrheit der britischen Öffentlichkeit wünschte zunächst – bis August 1939 – keineswegs eine harte Reaktion gegenüber Hitler.

Die Kontroverse in der Forschung betrifft also nicht die Frage, ob Hitler seit 1939 den Krieg herbeigeführt hat – dies steht fest –, sondern nur, ob seinem Handeln seit den 1920er Jahren, zumindest aber seit 1933 Plan und Absicht zugrunde gelegen haben oder eine jeweils situationsbezogene, gleichsam improvisierte Verschärfung eintrat. Eine solche, zeitweilig oft vertretene Sicht findet sich in der ernsthaften Forschung zur Außen- und Kriegspolitik Hitlers kaum noch: Von Walther Hofer, Hugh Trevor-Roper über Norman Rich bis zu Gerhard L. Weinberg, Andreas Hillgruber und Klaus Hildebrand dominiert die empirisch begründete Einschätzung, dass Hitler zielstrebig diese Politik vorbereitet und in Stufen realisiert hat. Für eine „revisionistische“ Interpretation von Hitlers Politik besteht kein Spielraum. Dass Hitler dabei massiven Fehleinschätzungen unterlag, beispielsweise in Bezug auf Großbritannien, die USA und auch die angenommene schnelle Besiegbarkeit der Sowjetunion, ändert daran nichts. Wie Andreas Hillgruber schon 1965 festgestellt hat: Der Krieg gegen die Sowjetunion seit Juni 1941 wurde von Hitler als ideologischer Vernichtungskrieg geführt – und wie wir heute wissen, bildete der brutal geführte Krieg gegen Polen schon 1939 eine massive erste Stufe dieser Art der

Kriegführung: Sie achtete keine derjenigen kriegsvölkerrechtlichen Regeln, die auch das Deutsche Reich in den Haager und Genfer Konventionen – vor Hitler – selbst mit beschlossen und in der Kriegsächtung durch den Briand-Kellogg-Pakt von 1928 akzeptiert hatte.

Gemäß der heutigen Forschung besaß die Krise 1935/36 mit Deutschlands Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland und dem Angriff Italiens auf Abessinien ein größeres Gewicht für die Destabilisierung der internationalen Ordnung als die Mandschurei-Krise 1931/32. Seit 1935/36 wurde – wie u.a. Gerhard Weinberg gezeigt hat – die deutsche Wirtschaft auf die Kriegswirtschaft sowie die Wehrmacht zielstrebig auf den Krieg vorbereitet. Spätestens seit 1937 war, wie wir schon seit dem so genannten „*Hofbach-Protokoll*“ vom 10. November 1937 wissen, Hitler definitiv zum Krieg entschlossen, im wesentlichen stimmten seine vor der Wehrmachtsführung sowie vor Göring und Außenminister von Neurath geäußerten Ziele mit denen in „*Mein Kampf*“ von 1924/25 überein. Offen war nur der Zeitpunkt. Der Kriegsbeginn am 1. September 1939 kam früher als ursprünglich geplant. Warum dies so war, das ist Gegenstand weiterer Forschungen. Das Münchner Abkommen im September 1938, das als Erfolg von Hitlers Politik der Drohungen gelten konnte, war keineswegs in seinem Sinn, weil es Hitler eines vorgeschobenen Kriegsgrundes beraubte.

So klar es also ist, dass Hitler der Verantwortliche für diesen Krieg war, so klar ist auch, dass er ihn bei entschiedener Gegenwehr der Westmächte 1936 oder 1937 nicht mit Aussicht auf Erfolg hätte beginnen können. Und ohne das Einverständnis mit der Sowjetunion 1939 – deren Politik zuletzt Alexander O. Tschubarjan sowie mit anderer Pointe Sergej Slutsch jüngst dargestellt haben – hätte das Großdeutsche Reich diesen Krieg 1939 bis 1941 nicht mit solchen verheerenden Folgen führen können: Es entlastet die deutsche Kriegspolitik nicht, es entlastet auch Hitler nicht, aber der Mittäter Stalin, dessen Rote Armee und dessen Geheimdienst NKWD nach der Aufteilung ganz Ostmitteleuropas zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der bolschewistischen Sowjetunion in Ostpolen eine vergleichbare Besatzungsherrschaft errichteten, trägt eine schwere Mitverantwortung. Daran ändert auch nichts, dass die Sowjetunion seit Juni 1941 selbst Opfer des nationalsozialistischen Deutschland wurde.

V.

Erlauben Sie mir wegen aktueller Anlässe eine Schlussbemerkung: An die Verursachung, ja, die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges muss erinnert werden, nicht allein um der wissenschaftlichen Wahrheit willen, sondern auch

aufgrund der öffentlichen Verantwortung der Historiker in einer Zivilgesellschaft. Unsere Generationen tragen keine Schuld, aber sie haben die Pflicht der historischen Besinnung und des verantwortlichen Umgangs mit der Vergangenheit, um daraus Konsequenzen zu ziehen. Geschichtsklitterung, Denkverbote gegenüber der Wissenschaft oder Publikationsverbote durch Regierungen, auch öffentlicher Meinungsdruck, die wissenschaftliche Objektivität verhindern sollen und Geschichtsdeutungen zu Instrumenten eines bequemen nationalen Selbstverständnisses machen wollen, lassen sich zum Glück international niemals durchsetzen, sie schaden dem eigenen Land und verzögern seine demokratische Entwicklung.

Der Hitler-Stalin Pakt – ein Moment europäischer Erinnerung?

Prof. Dr. Stefan Troebst

Die Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt fällt in den Gesellschaften Europas stark unterschiedlich, ja konträr aus. Im „*post-alliierten*“ Westeuropa ist sie so gut wie gar nicht präsent und in Deutschland stark verblasst. In Ostmitteleuropa hingegen, vor allem in Polen und den baltischen Staaten, ist das deutsch-sowjetische Teilungsabkommen ein zentraler erinnerungskultureller Bezugspunkt. In der Russischen Föderation, in Belarus, der Ukraine und Moldowa schließlich tut man sich bis heute vor allem mit dem Inhalt des Geheimen Zusatzprotokolls zum Nichtangriffspakt der beiden Diktatoren von 1939 schwer – was akute Memorialkonflikte mit Warschau, Vilnius, Riga und Tallinn bedingt. Gleich dem „*8. Mai 1945*“ ist auch der „*23. August 1939*“ ein Datum von fundamentaler Bedeutung für das Europa der Gegenwart, jedoch mitnichten ein gesamteuropäisch-konsensualer *Lieu de mémoire*.

1. Stark voneinander abweichende Interpretationen

Im Kontext des multiplen Jubiläumsjahres 2009 – 20 Jahre 1989, 60 Jahre Gründung der Bundesrepublik Deutschland (und der DDR) 1949, 70 Jahre Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939, 90 Jahre Pariser Friedenskonferenz 1919 u. a. – nimmt der Hitler-Stalin-Pakt in der Mehrzahl der nationalen Erinnerungskulturen Europas keinen sonderlich prominenten Platz ein. Mit Ausnahme der seinerzeit unmittelbar betroffenen Nationalgesellschaften Rumänien, Polen, Litauen, Lettland, Estland und Finnland wird er in aller Regel unter der Geschichtssikone „*1939*“, die für den Beginn des Zweiten Weltkriegs steht, subsumiert. Dabei spielen nicht nur europaweit erodierende Geschichtsbilder im Übergang von der Zeitzeugengeneration zu nachfolgenden Generationen eine Rolle, sondern gerade auch die grenzüberschreitende Geschichtspolitik Russ-

lands. Denn diese zielt auf ein Verdrängen und Vergessen, zumindest auf eine als „*Kontextualisierung*“ camouflierte Relativierung des Paktes und seiner Aufteilung Ostmittel- und Südosteuropas in zwei Einflussphären bzw. Besatzungszonen. Dass die Einsetzung einer „*Kommission zur Verhinderung von Bestrebungen zur Verfälschung der Geschichte zum Nachteil der Interessen der Russischen Föderation*“ in Moskau just im Mai 2009¹ erfolgte, stand zweifelsohne in unmittelbarem Zusammenhang mit dem bevorstehenden Jahrestag des von den Außenministern Joachim von Ribbentrop und Wjatscheslaw M. Molotow am 23. August 1939 im Namen der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR unterzeichneten Nichtangriffsvertrages samt Geheimem Zusatzprotokoll.

Die aktuelle russische Politik ist diesbezüglich eine dreigleisige: Erstens wird nach innen kompromisslose Kontinuität signalisiert: „*Russland ist ein mächtiges, ein reiches und großes Land. Um der eigenen Selbstachtung willen ist es notwendig, unsere eigene Erinnerung der Geschichte zu verteidigen*“, verkündete Katastrophenminister Sergej K. Šojgu Anfang Mai 2009 im staatlichen Fernsehen.² Zweitens wird den genannten Staaten Ostmittel- und Südosteuropas implizit gedroht, so etwa mit der neuen Kommission bzw. einem Gesetz, demzufolge sowohl In- wie Ausländer vor ein russisches Gericht gestellt werden können, wenn sie „*den Anteil der Sowjetunion am Sieg über Hitlerdeutschland schmälern*“.³ Drittens schließlich wird im Umgang mit einigen anderen europäischen Staaten, darunter Deutschland, demonstrativ *good will* in Form von geschichtspolitischer Flexibilität demonstriert.

Dies belegt beispielsweise die positive Reaktion der russischen Außenpolitik auf eine programmatische Rede des deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier vom 4. März 2008 in Berlin, betitelt „*Auf dem Weg zu einer europäischen Ostpolitik. Die Beziehungen Deutschlands und der EU zu Russland und den östlichen Nachbarn*“, welche die folgende Passage enthielt:

„2009 jährt sich der Hitler-Stalin-Pakt zum siebzigsten Mal. Sind wir nicht so weit, dass Historiker aus Russland, Polen, Deutschland und dem Baltikum

1 Windisch, Elke: Wächter der Historie. Eine Kommission soll in Russland „bösen Versuchen“ der Nachbarstaaten entgegentreten, die Rote Armee nicht als Befreier zu sehen. In: *Der Tagesspiegel* [Berlin], Nr. 20 26 vom 24. Mai 2009, 6.

2 Ludwig, Michael: Eine alleingültige Geschichtssicht. Das russische Parlament berät über ein Gesetz, das die Behauptung unter Strafe stellt, die Sowjetarmee habe Verbrechen begangen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 116 vom 20. Mai 2009, 6.

3 *Ebd.*

eine gemeinsame kritische wie selbstkritische Anstrengung unternehmen, die unterschiedlichen nationalen Sichtweisen abzugleichen, mit denen wir immer noch auf die gemeinsame Vergangenheit blicken? Denn: Hier liegen doch oft die tieferen Ursachen für fortbestehende Vorbehalte und neue Spannungen. Ich meine: Nur im vertrauensvollen Dialog, nur wenn es gelingt, ein offenes und ehrliches Gespräch darüber zu führen, dann werden wir ihnen Schritt für Schritt auch die verletzliche Schärfe nehmen können.“⁴

Russlands Außenminister Sergej V. Lawrow stimmte dem deutschen Vorschlag einer trilateral russisch-deutsch-polnischen Konferenz zum Thema unter baltischer Beteiligung in Warschau zu, in deren Titel der deutsch-sowjetische Teilungspakt dann allerdings nicht mehr auftauchte. Stattdessen lautete er neutral „*Genese des Zweiten Weltkriegs – Geschichtsschreibung, neue Forschung – neue Perspektiven*“.⁵ Dem harmonisierenden Echo hierauf in Deutschland⁶ standen höchst skeptische Reaktionen polnischer Medien gegenüber, welche argwöhnten, hier solle die Schuld am Zweiten Weltkrieg auf mehrere Schultern – einschließlich derjenigen Polens! – verteilt werden.⁷ „*Eine gemeinsame Geschichte wird es nicht geben. Und das ist gut so*“, titelte etwa der Kommentator der rechtskonservativen Tageszeitung *Dziennik*.⁸ Die

4 „Auf dem Weg zu einer europäischen Ostpolitik. Die Beziehungen Deutschlands und der EU zu Russland und den östlichen Nachbarn“. Rede von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der Podiumsdiskussion bei der Willy-Brandt-Stiftung, Berlin, 4. März 2008 (URL <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2008/080304-BM-Ostpolitik.html>).

5 Internationale Konferenz „Genesis of World War II. Historiography, New Research – New Perspectives“, Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warschau, Königsschloss, 26.-27. Mai 2009. Vgl. auch die Website des Auswärtigen Amtes: Über Geschichte reden – gemeinsam die Zukunft gestalten. Deutsch-polnisch-russische Historikerkonferenz in Warschau (<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/KulturDialog/090526-d-pol-rus-historikerkonferenz,navCtx=21914.html>).

6 Brössler, Daniel: Gemeinsamer Blick auf das Trennende. Polnische, russische und deutsche Historiker konferieren über den Hitler-Stalin-Pakt. In: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 119 vom 26. Mai 2009, 7; Schuller, Konrad: Deutungsharmonie. Deutsche, Polen und Russen können unaufgeregt über Geschichtsbilder sprechen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 125 vom 2. Juni 2009, S. 10.

7 Niewińska, Agnieszka: Kto jest winien: Hitler, Stalin, a może Polacy [Wer ist schuld: Hitler, Stalin oder vielleicht die Polen]. In: *Rzeczpospolita* Nr. 123 (8328) vom 27. Mai 2009, A4.

8 Zaremba, Piotr: Wspólnej historii nie będzie. To dobrze [Eine gemeinsame Geschichte wird es nicht geben. Und das ist gut so]. In: *Dziennik* Nr. 122 (943) vom 26. Mai 2009, 8. Vgl. auch Bielecki, Jędrzej: Trzy wersje jednej historii. Dziś polscy, rosyjscy i niemieccy historycy spróbują wspólnie opisać przyczyny wybuchu wojny [Drei Versionen ein und derselben Geschichte. Heute werden Polen, Russen und Deutsche versuchen, gemeinsam die Gründe des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges zu beschreiben]. *Ebd.*; und Wróński, Paweł: Polacy, Niemcy, Rosjanie o wrześniu 1939 [Polen, Deutsche, Russen über den September 1939]. In: *Gazeta Wyborcza* Nr. 123 (6036) vom 27. Mai 2009, 9.

polnische Besorgnis, dass deutsche und russische Dominanz auf der Konferenz, personifiziert durch Altbundespräsident Richard von Weizsäcker und den Kreml nahen Topdiplomaten und Historiker Anatolij V. Torkunov, zu einer Art historischer *Wiederaufführung* von 1939 geraten könnte, führte zu einem spontanen Konferenzauftritt von Staatspräsident Lech Kaczyński sowie zu einer abendlichen präsidentalen Vorlesung zur Geschichte Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der genannte Torkunov hingegen versuchte sich gemäß Flexibilisierungskurs an der Quadratur des Kreises: „*Die Schuld, welche Stalin mit seiner amoralischen und zynischen Politik 1939 über Russland gebracht hat, wurde von dem von den Rotarmisten zwischen 1941 und 1945 vergossenen Blut wieder abgewaschen.*“⁹ Allein dieses Beispiel zeigt, dass die politischen und medialen Interpretationen des 23. August 1939 in Russland, Polen und Deutschland stark voneinander abweichen – ungeachtet, ja unberührt von der Weiterentwicklung der internationalen zeithistorischen Forschung oder der Erschließung neuer Quellenbestände.

2. Die erinnerungsgeographische Untergliederung Europas

Hilfreich bei einer Kartierung europäischer Erinnerungsmomente wie demjenigen des Hitler-Stalin-Pakts kann ein heuristischer Kunstgriff sein: die Übertragung der historisch-kulturell-religiösen Binnengliederung Europas, welche der polnische Exilhistoriker Oskar Halecki in seinem im Zweiten Weltkrieg geschriebenen und im Kalten Krieg veröffentlichten Buch *The Limits and Divisions of European History* von 1950 vorgenommen hat und die sein ungarischer Kollege Jenő Szűcs dann 1983 in einem Essay mit dem Titel „The Three Historical Regions of Europe“ geringfügig modifizierte.¹⁰ Halecki und Szűcs identifizieren drei europäische Mesoregionen – „*Westeuropa*“, „*Osteuropa*“ und einen in der Mitte gelegenen Teil, der bei Szűcs „*Ostmitteleuropa*“ und bei Halecki „*Mitteleuropa*“ heißt. Halecki untergliedert dieses „*Mitteleuropa*“ dann weiter in eine westliche Hälfte namens „*Westmitteleuropa*“

9 Statement Torkunovs in der Sektion III: „Historiography and Different Memories of World War II“ auf der genannten Konferenz „Genesis of World War II“ in Warschau am 27. Mai 2009. S. zu Torkunovs Aussage auch Schuller: Deutungsharmonie, und Niewińska: Kto jest winien.

10 Zu einer Erprobung dieser Vorgehensweise am Beispiel von „1945“ vgl. Troebst, Stefan: 1945 – Ein (gesamt-)europäischer Erinnerungsort? In: OSTEUROPA 6/2008, 67-75. S. auch Ders.: Jalta versus Stalingrad, GULag versus Holocaust. Konfligierende Erinnerungskulturen im grösseren Europa. In: *Berliner Journal für Soziologie* 15 (2005), H. 3, S. 381-400, und Ders.: Halecki Revisited: Europe's Conflicting Cultures of Remembrance. In: Stråth, Bo, Małgorzata Pakier (Hrsg.): *A European Memory? Contested Histories and Politics of Remembrance*. London, New York, NY, 2009 (im Druck).

und einen östlichen Teil, der wie bei Szűcs dann „*Ostmitteleuropa*“ heißt.¹¹ Entsprechend ergibt sich folgende *longue durée*-basierte erinnerungsgeographische Untergliederung Europas: (a) Westeuropa, bestehend vor allem aus den Weltkriegsalliierten Großbritannien und Frankreich; (b) Westmitteleuropa, das meint „*alte*“ Bundesrepublik und DDR bzw. das wiedervereinigte Deutschland plus Österreich und die Schweiz; (c) Ostmitteleuropa, also die baltischen Staaten, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, auch den Donau-Balkan-Raum; und schließlich (d) Osteuropa, d. h. die aus der Sowjetunion hervorgegangenen GUS-Republiken einschließlich der Russischen Föderation. Gerade weil die jeweils bis in Mittelalter zurück gehenden Analysen von Halecki und Szűcs unverkennbar Produkte der Periode des Ost-West-Konflikts sind, sind ihre Regionalisierungen auch der Nach-Wende-Zeit adäquat.

Teil A – Haleckis „Westeuropa“ bzw. präziser: der transatlantische Raum einschließlich den USA und Kanada – ist gleichsam der am klarsten konturierte: Hier ist der 23. August 1939 als Datum der Aufteilung des östlichen Europa in eine nationalsozialistische und eine sowjetische Hälfte in staatlicher Geschichtspolitik wie öffentlich-zivilgesellschaftlicher Erinnerungskultur so gut wie gar nicht präsent. Vielmehr ist er überlagert von der Erinnerung an das Kriegsbündnis der Großen Drei, vom Gedenken an den gemeinsamen Kampf der Mächte der Anti-Hitler-Koalition gegen das Dritte Reich und an den Sieg im Frühjahr 1945, desgleichen vom Holocaust. Am deutlichsten ist dies an der Sicht auf Stalin als zwar brutalem, aber zugleich verlässlichem „*Uncle Joe*“ erkennbar, die in einem krassen Gegensatz zur Hassfigur Hitler steht. Aus britischer Sicht ist der durch den deutschen Angriff auf Polen zunächst ausgelöste „*Phoney War*“ (ruhiger Krieg) bzw. „*Sitzkrieg*“ eine Fußnote der Weltkriegsgeschichte und in französischer Perspektive werden Angriff und Einmarsch der Wehrmacht 1940 als der letzte in der lange Kette deutsch-französischer Kriege sowie als Geschehen *sui generis*, nicht hingegen als Folge des Hitler-Stalin-Pakts gewertet.

Teil B – „Westmitteleuropa“, also vor allem das geteilte wie das wiedervereinigte Deutschland – ist ebenfalls rasch skizziert. Hier sind der Hitler-Stalin-Pakt und die deutsch-sowjetische Unterjochung Ostmitteleuropas der Jahre

11 Halecki, Oscar: *The Limits and Divisions of European History*. London, New York, NY, 1950 (dt. als *Europa. Grenzen und Gliederungen seiner Geschichte*. Darmstadt 1957); Szűcs, Jenő: The Three Historical Regions of Europe. An Outline. In: *Acta Historica. Revue de l'Academie des Sciences de Hongrie* 29 (1983), 131-184 (dt. als *Die drei historischen Regionen Europas*. Frankfurt/M. 1990).

1939 bis 1941 lediglich eine blasse Erinnerung, die weitgehend überlagert wird vom Geschehen der Jahre 1941 bis 1945, d. h. vom „*Vernichtungskrieg im Osten*“, von „*Auschwitz*“, „*Bombenkrieg*“, Flucht und schließlich vom „*8. Mai*“ als Symbol für Niederlage, „*Zusammenbruch*“, Besatzung und Teilung, aber auch von Befreiung von einem tyrannischen Regime und im Westen Deutschlands für Demokratisierung und wirtschaftlichen Wiederaufschwung. Hinzu kommt, dass aus westdeutscher wie heute gesamtdeutscher Sicht auf den Zweiten Weltkrieg die Verantwortung für die Verbrechen von Wehrmacht, Einsatzgruppen und SS auf dem Territorium der UdSSR Kritik an Stalin als Bündnispartner Hitlers dämpft – und dies auch deutliche erinnerungskulturelle Wirkungen in Form einer memorialen Beißhemmung zeitigt.

Teil C – „Ostmitteleuropa“ – stellt sich demgegenüber gänzlich anders da: Hier ist der Hitler-Stalin-Pakt in der staatlichen, kirchlichen, zivilgesellschaftlichen, familiären und individuellen Erinnerungskultur ein zentraler Orientierungspunkt, der Anfang vom Ende einer kurzen, da erst 1918 einsetzenden „*goldenen Zeit*“ nationaler Unabhängigkeit, politischer Selbstbestimmung und kultureller Entfaltung. In polnischer Perspektive etwa nehmen sich der deutsche Angriff vom 1. September und der sowjetische Einmarsch von 17. September 1939 als zwei Seiten ein und derselben Medaille aus und stehen für den Beginn eines „*doppelten*“ fremden und grausamen Besatzungsregimes.¹² Dass sich dieses im Verlaufe des Jahres 1941 von einem deutsch-sowjetischen in ein rein deutsches wandelte, fällt in dieser Perspektive wenig ins Gewicht, wie auch die militärische Wendung des Blattes von 1944, als die Rote Armee die Wehrmacht als Besatzer verdrängte, nur bedingt als Zäsur wahrgenommen wird. Symptomatisch ist die öffentliche Debatte im Polen der frühen 1990er Jahre darüber, ob die Volksrepublik Polen ein sowjetisch besetztes Land oder ein teilsouveräner kommunistischer Staat gewesen sei.¹³ Bis heute wird das Volkspolen der Jahre 1944 bis 1989 nicht in die Zählung der bislang drei polnischen Republiken eingeschlossen. Fast noch negativer ist die Erinnerung an den 23. August 1939 in den drei baltischen Staaten, gilt doch hier dieses Datum nicht nur als Auftakt zur Zwangssowjetisierung, sondern zugleich zum Verlust der Eigenstaatlichkeit auf lange Jahrzehnte hinaus. Ein

12 S. dazu exemplarisch Hryciuk, Grzegorz, u. a.: *Wysiedlenia, wypędzenia i ucieczki 1939-1959. Polacy, Żydzi, Niemcy, Ukraińcy. Atlas ziem Polski* [Aussiedlungen, Vertreibungen und Fluchtbewegungen 1939-1959. Polen, Juden, Deutsche, Ukrainer. Atlas der Gebiete Polens]. Warschau 2008, 36-81, 107-142 und 204-209. Eine deutsche Übersetzung mit dem Titel *Atlas Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung in Ostmitteleuropa 1939-1959. Polen, Juden, Deutsche und Ukrainer* erscheint im August 2009 im Weltbild Verlag Augsburg.

13 Friszke, Andrzej: War die Volksrepublik Polen ein besetztes Land? Ein „Historikerstreit“. In: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 1 (1997), H. 1, 231-250.

baltischer Erinnerungsmoment an sich ist bereits die Erinnerung an die noch zu Zeiten sowjetischer Repression erfolgten Proteste am jeweiligen Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes in den Perestrojka-Jahren 1987 und 1988 sowie vor allem zur 60. Wiederkehr 1989, als über eine Million Esten, Letten und Litauer eine 600 Kilometer lange Menschenkette von Tallinn über Riga nach Vilnius bildeten.

Teil D schließlich – „Osteuropa“ – steht für eine gezielte Verdrängung des sowjetischen-deutschen Teilungsbündnisses sowie dessen, was zwischen Moskau und Berlin am 23. August 1939 vereinbart wurde. In der Sowjetunion wurde die Existenz des Geheimen Zusatzprotokolls zum Nichtangriffspakt mit seiner „*Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa*“ (*razgraničenie sfer obojudnych interesov v Vostočnoj Evrope*) bis zum August 1988 negiert, als der estnische Zeithistoriker Heino Arumäe den Protokolltext erstmals vollständig veröffentlichte.¹⁴ Im Juli des Folgejahres dann rückte der damalige Parteichef Michail S. Gorbačëv von der sowjetischen Formel ab, die Echtheit des Protokolls sei nicht erwiesen, und am 24. Dezember 1989 rang sich der Kongress der sowjetischen Volksdeputierten zu einer Anerkennung von Existenz und Authentizität des Zusatzprotokolls sowie zu einer Verurteilung seines Inhalts durch.¹⁵ Zwar führte die Öffnung der post-sowjetischen Archive unter Präsident Boris N. Jelzin zu einer selbstkritischeren Sicht auf das sowjetisch-deutsche Teilungsbündnis der Jahre 1939 bis 1941, gar zur Thematisierung sowjetischer Massenverbrechen wie dem an gefangenen polnischen Offizieren von Katyn im Frühjahr 1940. Allerdings fand dies in der weiterhin staatlich dominierten Erinnerungskultur der neuen Russischen Föderation kaum Niederschlag.¹⁶ Die Teilrehabilitierung der sowjetischen Vergangenheit im Allgemeinen und Stalins im Besonderen unter Jelzins Nachfolger Vladimir V. Putin ist der Grund dafür, dass der Hitler-Stalin-Pakt – wie bereits vor 1989 – als bloßes taktisches Manöver sowjetischer Sicherheitspolitik und/oder als ein Schritt gilt, welcher aufgrund der

14 Arumäe, Chejno: Eščë raz o sovetsko-germanskom pakte o nenapadenii [Noch einmal zum sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt]. In: *Sovetskaja Ėstonija* vom 17. und 18. August 1988. Dt. Übers. Arumäe, Heino: Noch einmal zum sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt. In: Oberländer, Erwin (Hrsg.): *Hitler-Stalin-Pakt 1939 – Das Ende Ostmitteleuropas?* Frankfurt/M. 1989, 114-124+147.

15 Lipinsky, Jan: *Das Geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und seine Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von 1939 bis 1999*. Frankfurt/M. 2004.

16 Zaslavsky, Victor: *Klassensäuberung. Das Massaker von Katyn*. Berlin 2007; Ruchniewicz, Małgorzata, Krzysztof Ruchniewicz: *Katyn 1940*. In: Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): *Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg*. Darmstadt 2003, 71-82.

Appeasement-Politik der Westmächte im Herbst 1938 in München gleichsam alternativlos war.¹⁷ In einem Haleckischen Sinne „osteuropäisch“ ist auch die Verortung des 23. August 1939 in den Erinnerungskulturen von Belarus, der Ukraine und Moldowas, damals (Autonome) Sowjetrepubliken, die von der zwischen Berlin und Moskau seinerzeit vereinbarten und 1944 dann rekonstruierten Westerweiterung der UdSSR territorial erheblich profitierten. Selbst die zynische sowjetische Formel vom „*Goldenen September*“ (*Zolotoj Sentjabr*) – „golden“ eben aufgrund der am 17. September 1939 durch die Einverleibung der Osthälfte Polens erfolgten Gebietsexpansion – ist hier noch mitunter zu finden.¹⁸ Im ukrainischen Fall ist der Bezug auf den Hitler-Stalin-Pakt zugleich Teil der Debatte darüber, ob in Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft und Schulbüchern die postsowjetisch modifizierte Vorstellung eines von 1941 bis 1945 vor allem auf dem Gebiet der heutigen Ukraine stattfindenden „*Großen Vaterländischen Krieges*“ – jetzt mit der Ukraine statt der UdSSR als Vaterland – proklamiert werden soll oder nicht eher diejenige eines 1939 beginnenden „*Zweiten Weltkrieges*“, gar die eines „*Deutsch-sowjetischen Krieges*“ auf dem Territorium der Ukraine, aber ohne aktive ukrainische Beteiligung.¹⁹ Eine abschließende Antwort auf die Frage, ob die Eingliederung von Lemberg und Czernowitz in die Ukrainische SSR 1939 als verbrecherischer Akt Stalins oder nicht doch eher als das Ende polnischer und rumänischer Okkupation westukrainischer Gebiete zu werten sei, steht seitens Kiews noch aus.

3. Eine schmerzende Narbe zwischen Ignoranz und Verdrängung

Gewicht und Inhalt des europäischen Erinnerungsmoments „*Hitler-Stalin-Pakt*“ werden also in den verschiedenen Teilen Europas ganz unterschiedlich bemessen bzw. interpretiert. Im Westen herrscht Ignoranz vor, im Osten Verdrängung und in der Mitte wirkt dieser *lieu de mémoire* als weiterhin stark schmerzende gesellschaftliche Narbe. Vor allem die kontrastierende, ja konfligierende Interpretation dessen, wofür der 23. August 1939 steht, die in Polen und den baltischen Staaten einerseits und in der Russischen Föderation andererseits vorherrscht, steht einer gesamteuropäisch-konsensualen Deutung

17 Gudkov, Lev: *Die Fesseln des Sieges*. Russlands Identität aus der Erinnerung an den Krieg. In: OSTEUROPA 4-6/2005, 56-72.

18 Vgl. dazu Nationale Geschichtsbilder. Das 20. Jahrhundert und der „Krieg der Erinnerungen“. Ein Aufruf von MEMORIAL. In: OSTEUROPA, 6/2008, 77-84, hier 78.

19 S. dazu Jilge, Wilfried, Stefan Troebst (Hrsg.): *Divided Historical Cultures? World War II and Historical Memory in Soviet and post-Soviet Ukraine*. Themenheft von *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 54 (2006), H. 1.

nachhaltig entgegen. Insofern also taugt dieses Datum sicher nicht als europäischer Erinnerungsmoment im Sinne der Herstellung transnationaler Harmonie, gar europäischer Identität.²⁰

Dies ist nun aber mitnichten ungewöhnlich, werden doch auch Daten wie etwa der „8. Mai 1945“ von den Europäern hochgradig unterschiedlich, ja gegensätzlich erinnert und geben Anlass zu bilateralem Streit – und trotzdem kommt ihnen transnationale, gar großregional-identifikatorische Bedeutung zu. Umstritten ist in gewisser Weise selbst die Epochenzäsur „1989“ als Ende von Kaltem Krieg, atomarer Bedrohung und kommunistische Diktatur, gilt diese Wendemarke doch den einen als Befreiung mittels „*friedlicher Revolution*“, anderen indes als unmittelbare Ursache für „*die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts*“. Konsensuale europäische Erinnerungsmomente, dies belegen das Beispiel der 2000 in Stockholm gleichsam kodifizierten transatlantischen Holocaust-Kommemoration²¹, aber auch dasjenige der gesamteuropäischen Erinnerung an den Ersten Weltkrieg als katastrophisches Erleben sowie in Ansätzen auch die zentraleuropäische Vertreibungserinnerung²², bilden sich aber gerade aus Verdrängung, Ignoranz und Streit heraus – nur kann das lange dauern ...

20 Zu diesem Ergebnis kamen auch die Teilnehmer und Diskutanten der besagten Sektion III: „*Historiography and Different Memories of World War II*“ auf der genannten deutsch-rußländisch-polnischen Konferenz „*Genesis of World War II*“ Ende Mai 2009 in Warschau, darunter Jaroslav Hrycak (L'viv), A. V. Torkunov (Moskau), Magdalena Hulas (Warschau), Enn Tarvel (Tallinn) u. a. Auch das für den 1.-2. Juli 2009 in Berlin geplante Symposium „*Diktatoren am Schachbrett: Der Hitler-Stalin-Pakt, der Krieg und die europäische Erinnerung*“ der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde sowie die internationale Tagung „*Der Hitler-Stalin-Pakt 1939: Grenzverschiebungen, Verfolgung, Deportationen und die Erinnerungskultur im östlichen Europa*“, welche das Moldova-Institut Leipzig vom 21. bis 23. August 2009 in Leipzig durchführt, zielen ausweislich ihrer Titelgebungen unter anderem auf die erinnerungskulturellen Aspekte des deutsch-sowjetischen Plans zur Aufteilung des östlichen Mitteleuropa.

21 Kroh, Jens: *Transnationale Erinnerung. Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen*. Frankfurt/M., New York, NY, 2008; Leggewie, Claus: *Schlachtfeld Europa. Transnationale Erinnerung und europäische Identität*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2009, H. 2, 81-93.

22 Jarausch, Konrad H.: *Konfligierende Erinnerungen. Nationale Prägungen, Verständigungsversuche und europäische Geschichtsbilder*. In: Joerges, Christian, Matthias Mahlmann und Ulrich K. Preuß (Hrsg.): „*Schmerzliche Erfahrungen der Vergangenheit“ und der Prozess der Konstitutionalisierung Europas*. Wiesbaden 2008, 15-25; Troebst, Stefan: *Europäisierung der Vertreibungserinnerung? Eine deutsch-polnische Chronique scandaleuse 2002-2007*. In: Aust, Martin, Krzysztof Ruchniewicz und Stefan Troebst (Hrsg.): *Verflochtene Erinnerungen. Polen und seine Nachbarn im 19. und 20. Jahrhundert*. Köln, Weimar, Wien 2009, 245-274.

Dokumentation

Das Jahr 1989 feiern, heißt auch, sich an 1939 zu erinnern!

Eine Erklärung zum 70. Jahrestag des Hitler–Stalin–Pakts am 23. August 2009

In diesen Wochen und Monaten erinnern sich die Menschen in ganz Europa an die Überwindung der kommunistischen Diktaturen in Ostmitteleuropa vor 20 Jahren. Festveranstaltungen und Konferenzen, Ausstellungen und Filme rufen den Bürgermut der Vielen in Erinnerung, die mit ihrem friedlichen Protest nicht nur die Diktaturen überwandern, sondern auch die Voraussetzungen für die Errichtung der Demokratie und für die Überwindung der europäischen und deutschen Teilung schufen. Am Beginn dieser Teilung und der mehr als vier Jahrzehnte währenden kommunistischen Herrschaft in Ostmitteleuropa stand der Zweite Weltkrieg. Und so erinnern wir mit Scham und Trauer an den 1. September vor 70 Jahren, als das nationalsozialistische Deutschland Polen überfiel. Acht Tage zuvor hatten Deutschland und die Sowjetunion den unseligen „Hitler–Stalin–Pakt“ abgeschlossen, mit dem die beiden totalitären Diktaturen die baltischen Republiken, Polen, Finnland und Rumänien unter sich aufteilten. Der Überfall auf Polen durch Deutschland und die Sowjetunion im September 1939 war der Auftakt zu einem beispiellosen Eroberungs- und Vernichtungskrieg. Mit diesem Krieg brachte Deutschland unermessliches Leid über seine Nachbarn in ganz Europa, namentlich in Polen und schließlich auch in der Sowjetunion.

Nach der Befreiung Europas und Deutschlands vom Nationalsozialismus hofften die Menschen in allen europäischen Ländern auf eine Zukunft in Freiheit und Demokratie. Doch diese Hoffnung wurde für viele bitter enttäuscht. In den von Krieg und Naziherrschaft geschwächten ostmitteleuropäischen Staaten und in einem Teil Deutschlands setzte die Sowjetunion neue diktatorische Regime durch: mit verheerenden Folgen für die Gesellschaften, für

Wirtschaft und Kultur und für zahllose Menschen, die als politische Gegner verfolgt wurden oder ihr Leben verloren, weil sie den Machthabern im Wege standen. Und so tragen die Deutschen nicht nur schwer an ihrer Verantwortung für die Vernichtung der europäischen Juden, die Verfolgung und Ermordung der Sinti und Roma, Homosexueller, Behinderter, als asozial Stigmatisierter und politisch Andersdenkender sowie der Abermillionen Menschen, die dem Krieg zum Opfer fielen. Uns ist zudem schmerzlich bewusst, dass es ohne den von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg weder die kommunistischen Diktaturen in Ostmitteleuropa noch die Teilung des Kontinents und Deutschlands gegeben hätte.

Wenn wir heute, im Jahre 2009, auf die Geschichte Europas und Deutschlands im 20. Jahrhundert zurückblicken, dann tun wir dies eingedenk des nationalsozialistischen Unheils, und wir sind froh, dass Deutschland heute ein gleichberechtigtes und geachtetes Mitglied der europäischen Völkerfamilie ist.

Mit Dankbarkeit und Respekt denken wir zugleich an die Menschen, die in den vier Jahrzehnten nach 1945 unter hohem persönlichem Risiko immer wieder den Mut aufbrachten, die kommunistischen Diktatoren herauszufordern und für Freiheit und Demokratie einzutreten. Nicht wenige bezahlten für ihren Mut mit dem Leben. Die Aufstände und Freiheitsbewegungen in der DDR, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und immer wieder in Polen haben die Hoffnung der Menschen auf Freiheit und Demokratie über die Jahrzehnte aufrechterhalten.

Wir werden nicht vergessen, dass es vor allem Polen waren, die für ihre und unsere Freiheit als Erste Breschen in das kommunistische Machtsystem geschlagen haben. Wir danken zugleich den Anhängern der tschechoslowakischen Charta 77, die uns ermutigt haben, in der Wahrheit zu leben. Wir erinnern auch all jene, die in Ungarn den Weg zur Demokratie frei machten und im Sommer 1989 den Eisernen Vorhang öffneten. Sowjetische Dissidenten haben sich lange vor Glasnost und Perestroika für die Wahrung der Menschenrechte eingesetzt. Und schließlich danken wir – und nicht zuletzt – jenen im Westen, die sich nie mit dem Eisernen Vorhang und den kommunistischen Diktaturen abgefunden, auf die Einhaltung der Menschenrechte gedrungen und die Opposition gegen die Regime unterstützt haben.

Mit ihren friedlichen Revolutionen gewannen die Völker Ostmitteleuropas ihre Freiheit, ihre staatliche Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wieder,

die sie fünf Jahrzehnte zuvor verloren hatten. Diese Revolutionen waren die entscheidende Voraussetzung, um die europäische und die deutsche Teilung zu überwinden. Als wir nach der Überwindung der SED-Diktatur den Weg zur Deutschen Einheit beschritten, war uns das Vertrauen unserer europäischen Nachbarn ein kostbares Geschenk. Als Folge der friedlichen Revolutionen können nun alle Deutschen zum ersten Mal in ihrer Geschichte in Freiheit und Demokratie, in Wohlstand, in anerkannten Grenzen und in wechselseitiger Achtung und Freundschaft mit ihren Nachbarn leben.

Wie das Jahr 1939 ist 1989 – wenn auch auf gegensätzliche Weise – zum europäischen Schicksalsjahr geworden. Ein freies und demokratisches Europa muss sich seiner Geschichte bewusst sein. Es braucht die Erinnerung an die kommunistische Ära und an ihre Überwindung. Ein erster Schritt ist getan: Im April hat sich das Europäische Parlament erstmalig zu dieser Verantwortung bekannt. Dieser Weg ist weiter zu gehen: Europa braucht eine aktive, verantwortungsbewusste Erinnerungskultur, die die nachwachsenden Generationen für neu aufkommende autoritäre und diktatorische Entwicklungen sensibilisiert.

Verantwortlich: Dr. Anna Kaminsky, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Berlin)

Mitunterzeichner u.a. Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, Gegen Vergessen – Für Demokratie, Dr. Christoph Bergner, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern (Berlin), Prof. Dr. Dieter Bingen, Deutsches Polen-Institut (Darmstadt), Wolfgang Börnsen, Mitglied des Bundestages CDU, Michael Cramer, Mitglied des Europaparlaments Die Grünen, Dr. Lothar Dittmer, Körber-Stiftung, Oberst Dr. Hans Ehlert, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Jürgen Engert, Journalist, Rainer Eppelmann, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Annemarie Franke, Stiftung Kreisau, Ralf Fücks, Heinrich-Böll-Stiftung, Prof. Monika Grütters, Mitglied des Bundestages CDU, Prof. Dr. Hans Walter Hütter, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Maybrit Illner, Journalistin, Prof. Dr. Ralf Jessen, Historiker (Köln), Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Historiker (Potsdam), Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Thomas Krüger, Bundeszentrale für politische Bildung, Angelika Krüger-Leißner, Mitglied des Bundestages SPD, Dr. Peter Lautzas, Verband der Geschichtslehrer Deutschlands, Erich Loest, Schriftsteller, Markus Meckel, Mitglied des Bun-

destages SPD, Prof. Dr. Horst Möller, Institut für Zeitgeschichte (München), Dr. Ehrhart Neubert, Historiker (Erfurt), Uwe Neumärker, Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Berlin), Prof. Dr. Paul Nolte, Historiker (Berlin), Günter Nooke, Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung (CDU), Hans-Joachim Otto, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages (FDP), Prof. Dr. Alexander von Plato, Historiker (Stade), Ulrike Poppe, Evangelische Akademie Berlin, Lutz Rathenow, Schriftsteller, Steffen Reiche, Mitglied des Bundestages SPD, Prof. Dr. Gerhard A. Ritter, Historiker (Berlin), Prof. Dr. Reinhard Rürup, Historiker (Berlin), Günter Saathoff, Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Dr. Manfred Sapper, Zeitschrift Osteuropa, Prof. Dr. Richard Schröder, Theologe (Berlin), Werner Schulz, Mitglied des Europaparlaments (Die Grünen), Rudolf Seiters, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Bundesminister a.D., Tom Sello, Robert Havemann-Gesellschaft, Friede Springer, Verlegerin, Prof. Dr. Peter Steinbach, Historiker (Mannheim), Prof. Dr. Eckart Stratenschulte, Europäische Akademie Berlin, Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D. CDU, Wolfgang Templin, Publizist, Joachim Trenkner, Journalist, Prof. Dr. Stefan Troebst, Historiker (Leipzig), Prof. Dr. Johannes Tuchel, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Prof. Dr. Hans-Joachim Veen, Stiftung Ettersberg (Weimar), Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Bernhard Vogel, Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Jochen Vogel, Gegen Vergessen – Für Demokratie (München), Christoph Waitz, Mitglied des Bundestages FDP, Rainer Wagner, Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, Prof. Dr. Hermann Weber, Historiker (Mannheim), Konrad Weiß, Publizist, Wolfgang Wieland, Mitglied des Bundestages Bündnis 90/Die Grünen, Prof. Dr. Manfred Wilke, Historiker (Berlin), Prof. Dr. Heinrich August Winkler, Historiker (Berlin), Hans-Eberhard Zahn, Bund Freiheit der Wissenschaft.

Zukunftsorientierte Zusammenarbeit im Wissen um die Vergangenheit

Stellungnahme junger Experten aus Deutschland und Polen zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges

I. Der Krieg

Vor 70 Jahren begann mit dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg, der den absoluten Tiefpunkt in den oft spannungsreichen deutsch-polnischen Beziehungen bezeichnet. Wenige Tage vorher, am 23. August 1939, hatten Hitler und Stalin in einem Pakt mit einem geheimen Zusatzabkommen Mitteleuropa, also auch Polen in Interessensphären aufgeteilt. Polen wurde zum ersten Opfer des Weltkriegs, zum Laboratorium für nationalsozialistische Siedlungs- und Großraumpläne und für sowjetische Expansionsbestrebungen.

Es besteht kein Zweifel, dass Deutschland diesen Krieg entfesselt hat und das Deutschland für ihn die Verantwortung trägt. Vom ersten Tag an war dieser Krieg kein „normaler“ Krieg, sondern wurde von deutscher Seite mit unglaublicher Brutalität und unter systematischer Missachtung des Völkerrechts geführt. Das Ende der unmittelbaren Kriegshandlungen in Polen 1939 brachte keine Verbesserungen, sondern verschlimmerte im Gegenteil noch das Leid der polnischen Zivilbevölkerung. Vertreter der polnischen Intelligenz, des polnischen Staates und der Kirchen wurden von den deutschen Besatzern massenweise inhaftiert oder ermordet, weitere Teile der polnischen Bevölkerung zur Zwangsarbeit verurteilt. Hunderttausende von Polen wurden enteignet und aus ihrer angestammten Heimat in andere Teile des Landes vertrieben, viele überlebten diese Vertreibungen nicht. Die einheimische Bevölkerung,

von den Nazis als „Untermenschen“ qualifiziert, musste den deutschen Besatzern als Sklaven dienen und sollte mittelfristig vertrieben oder vernichtet werden. Besonders schwer war das Los der polnischen Juden. Sie wurden in Ghettos zusammengepfercht, zur Zwangsarbeit eingesetzt und schließlich ermordet. Innerhalb von fünf Jahren wurde die jahrhundertealte, reiche jüdische Tradition in Polen brutal und rücksichtslos durch die deutschen Besatzer ausgelöscht.

Die Geschichte Polens unter deutscher Besatzung ist auch die Geschichte des polnischen Widerstandes. Der verzweifelte Aufstand der jüdischen Bewohner des Warschauer Ghettos 1943 gilt weltweit als Beispiel eindrucksvollen Heldentums. Die Erhebung der polnischen Heimatarmee im Warschauer Aufstand 1944, der sich militärisch gegen die Deutschen und politisch gegen die Sowjetunion richtete, ist ein europäisches Symbol des heroischen Kampfes gegen die Besatzer vor allem im Namen der Freiheit und der nationalen Würde. Die Erinnerung an die deutschen Untaten während Krieg und Besatzung, die Erinnerung an den Holocaust, aber auch an den polnischen Widerstand ist unsere gemeinsame Aufgabe als Deutsche und Polen. Diese Erinnerung muss gerade auch den Deutschen schmerzlich bewusst bleiben. Denn die tiefe Scham über diesen Teil der deutschen Geschichte und der feste Willen des „Nie wieder“ gehören zu den geistigen Fundamenten der Bundesrepublik, auf denen sich Versöhnung und ein neues Zusammenwirken entwickeln konnten.

Das Deutsche Reich hatte in der Sowjetunion, die später eine gewaltige Last des Kampfes gegen Nazi-Deutschland trug und große Opfer brachte, zunächst einen wichtigen Verbündeten. Der Hitler-Stalin-Pakt erleichterte Hitler, den Krieg gegen Polen zu führen, und eröffnete der Sowjetunion den Weg zur Besetzung und Annexion Ostpolens sowie zur Eingliederung von Teilen Finnlands, der Baltischen Staaten, Bessarabiens und der Nord-Bukowina in die Sowjetunion, wobei es auch dort zu Massendeportationen der einheimischen Bevölkerung und zu Massenmorden wie in Katyn kam. Der totalitäre Sowjet-Kommunismus konnte in der Folge seine Herrschaft in Mitteleuropa bis an die Elbe hin ausdehnen. Auch dies war eine Folge des Zweiten Weltkriegs.

II. Die Folgen: Antagonismen und Aussöhnung

Nach dem Krieg raubte die vor allem von der Sowjetunion betriebene und von den Siegermächten beschlossene Westverschiebung Polens Millionen von Polen und Deutschen ihre Heimat und war eine schwere Hypothek für das künf-

tige Verhältnis unserer beiden Völker. Die grausame Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten mit den damit verbundenen Gewalttaten vertiefte die Spaltung weiter. Zorn und Trauer von Polen über die selbst erlebten Grausamkeiten und Demütigungen und das erlittene schwere Leid schlugen nun teilweise in Gewalt gegen die Deutschen um.

Wieder war es die Grenzziehung, diesmal die an Neiße und Oder, die die gegenseitigen Beziehungen vergiftete und auf beiden Seiten Antagonismen und Feindschaft hervorrief. Die Diktatur und Unfreiheit im Osten, die sich in der Folge des Krieges auch über Polen und den östlichen Teil Deutschlands ausbreiten konnte, und der West-Ost-Gegensatz im Kalten Krieg verschärften diese Situation. Dennoch gelang über die folgenden Jahrzehnte schrittweise eine Aussöhnung, sogar über die Blockgrenzen des Kalten Krieges hinweg. Gegen weite Teile der eigenen Bevölkerung wagte die Evangelische Kirche in Deutschland mit ihrer Ostdenkschrift 1965 den ersten wichtigen Schritt. Sie fasste eine Anerkennung der Grenze ins Auge, um den damaligen „Zustand einer so gut wie völligen Entfremdung und gegenseitiger Furcht und Haßgeföhle“ mit Blick auf eine künftige Friedensordnung zu überwinden.

Kurz darauf folgten die polnischen katholischen Bischöfe, die ohne Absprache mit dem kommunistischen Regime mit den mutigen Worten „*wir vergeben und bitten um Vergebung*“ die Hand zur Versöhnung ausstreckten, die von ihren deutschen Glaubensbrüdern dankbar ergriffen wurde. Mit der Ostpolitik Willy Brandts wurde die de facto Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und das Bemühen um einen unter den gegebenen politischen Koordinaten möglichen Modus vivendi offizieller Teil der weiteren deutschen und polnischen Politik.

Wir feiern dieses Jahr auch das zwanzigjährige Jubiläum des Falls des „*Eisernen Vorhangs*“. Ohne die polnische Solidarność und ihr unerschrockenes Eintreten für Freiheit und Demokratie wäre der politische Umbruch weder in Polen noch in einem anderen Land des damaligen Ostblocks zum damaligen Zeitpunkt möglich gewesen. Somit ist auch die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 eine Folge des polnischen Widerstands gegen den Kommunismus.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Befreiung Europas vom Kommunismus erreichte die deutsch-polnische Aussöhnung eine neue Qualität: Die Nachkriegsgrenzen wurden durch den Grenzvertrag 1990 endgültig auch völkerrechtlich bestätigt. Viele Städte und Gemeinden etablierten aber über die

Grenze hinweg Partnerschaften im jeweiligen Nachbarland. Unter anderem aus dem Wissen um die eigene historische Verantwortung und um die Bedeutung guter nachbarschaftlicher Beziehungen in allen Bereichen unterstützte die Bundesregierung die polnischen Bemühungen um einen Beitritt zur NATO und Europäischen Union.

III. Partner in Europa

Siebzig Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre nach dem Ende des Kommunismus und der Spaltung in Europa sind Polen und Deutschland Partner in der NATO und der EU. Die Pfeiler unserer Partnerschaft sind unsere gemeinsamen Werte, die bedingungslose Absage an jede Form von Totalitarismus, Diktatur oder Chauvinismus und das unbedingte Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und sozialer Marktwirtschaft. Uns verbindet der Konsens über die Unumkehrbarkeit der gemeinsamen Grenze und über die Unantastbarkeit der nach 1945 entstandenen Eigentumsregeln.

Stellvertretend für alle anderen, auch nachfolgenden Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bekannte sich Bundespräsident Roman Herzog 1994 in Warschau zur Verantwortung der Deutschen für die unermesslichen Verbrechen des Dritten Reichs; er verbeugte sich vor den polnischen Opfern und bat um Vergebung für das, was Polen „*von den Deutschen angetan worden ist*“. Der polnische Außenminister Władysław Bartoszewski beklagte als Vertreter der Republik Polen 1995 in seiner Rede im Deutschen Bundestag das „*Schicksal und die Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben*“. Dabei bekannte er, „*dass zu den Tätern auch Polen gehörten.*“

Polen und Deutschland, deren Nachbarschaft durch die Geschichte belastet ist, tragen heute gemeinsam Verantwortung für die Zukunft des europäischen Kontinents. Die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union, die Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse, die Gestaltung einer verantwortungsbewussten Politik gegenüber den osteuropäischen Nachbarn und die Weiterentwicklung der europäischen und euroatlantischen Sicherheitsarchitektur sind u.a. zentrale Aufgaben, die wir nur gemeinsam erledigen können.

Von diesem Weg sollten wir uns nicht durch Kontroversen über die Deutung historischer Ereignisse abbringen lassen. Die Geschichtsforschung ist die Auf-

gabe von Historikern, die Geschichte ständig interpretieren. Darüber hinaus entwickelt jeder Geschichtsinteressierte und Zeitzeuge seine eigene Sicht auf die Vergangenheit. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit muss aber immer der Wahrheitssuche verpflichtet sein, auch wenn sie teilweise zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen mag. In einer freiheitlich pluralistischen Gesellschaft ist jeder Versuch zum Scheitern verurteilt, ein einheitliches oder gar gegen andere Länder negativ gerichtetes Geschichtsbild staatlicherseits zu oktroyieren. Erst recht wird dies nicht über die Grenzen des Nationalstaates hinaus gelingen.

Der Grundkonsens, der Deutsche und Polen verbindet, ist stark genug, auch unterschiedliche Sichtweisen auf die gemeinsame Vergangenheit auszuhalten. Die gewachsene Partnerschaft darf durch solche Kontroversen nicht gefährdet werden. Die sicherlich notwendigen Kontroversen sollen nicht unterdrückt, aber im Geiste der Verständigung geführt werden. Dann stellen sie eine Bereicherung des deutsch-polnischen Dialogs dar. Wir wehren uns aber dagegen, dass Geschichte selektiv und populistisch instrumentalisiert wird, um bestimmte politische Ziele zu erreichen, was keineswegs nur die deutsch-polnischen Beziehungen betrifft. Wer so handelt, nimmt in Kauf, dass die Beziehungen zwischen den Völkern Schaden nehmen, und lenken von den eigentlich wichtigen gemeinsamen politischen Zielen ab. Es ist bedauerlich, dass derartige Versuche häufig Unterstützung von publizistischer Seite finden.

Gleichzeitig gebietet es das Interesse an einer Stärkung der deutsch-polnischen Partnerschaft, das Wissen über die deutsch-polnische Vergangenheit zu vertiefen. Insbesondere die Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg und ihrer Folgen, aber auch der Nachkriegszeit und des sich anschließenden schwierigen, aber erfolgreichen Versöhnungsprozesses sollte stärker in den Schulen gelehrt und in Museen oder durch Medien vermittelt werden. Das Wissen übereinander schafft die Basis für weitere Annäherungen und hilft, den auf allen Ebenen notwendigen Dialog jederzeit mit dem gebotenen Respekt und in einem Klima wachsenden Vertrauens zu führen.

Unsere, die dem Krieg nachfolgenden Generationen kennen den Zweiten Weltkrieg nur mehr aus unterschiedlichen Erzählungen, aber wir sind verantwortlich für das, was in der Geschichte aus dieser belasteten Vergangenheit wird. Wir selbst haben noch den Kalten Krieg und seine Folgen kennen gelernt. Deshalb haben wir die Pflicht der historischen Besinnung und des verantwortlichen Umgangs mit der Vergangenheit, um daraus Konsequenzen für eine bes-

sere Zukunft zu ziehen. Wir tragen die Verantwortung dafür, uns selbst und den weiteren Generationen den Wert eines friedlichen und geeinten Europas zu vergegenwärtigen, eines Europas, das wir gemeinsam gestalten und miteinander bewohnen wollen.

Der Text gibt die persönliche Auffassung der Autoren und Unterzeichner wieder.

Autoren:

Dr. Alexander Brakel, Referent in der Planungsgruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Berlin

Dr. Waldemar Czachur, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Internationale Beziehungen und an der Universität Warschau

Stephan Raabe, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, Warschau

Marcin Wiatr, freier Publizist und Übersetzer, Gleiwitz

Mitunterzeichner:

Rafał Bartek, Direktor des Hauses für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Gleiwitz/Oppeln

Dariusz Dolczewski, Vorsitzender der Jungen Demokraten in Polen, Warschau

Andrzej Godlewski, Chef des Ressorts Politik und Meinung der Tageszeitung *Polska. The Times*, Warschau

Pater Dr. Thomas Griebbach O.P., Prior des Dominikanerklosters St. Paulus, Berlin-Moabit

Dr. Thomas Gutschker, Ressortleiter Außenpolitik, *Rheinischer Merkur*, Bonn

Dr. Karl-Heinz Kamp, Director Research Division NATO Defense College, Rom

Dariusz Klimczak, Landesvorsitzender des Jungen Bürgerforums, Lodz

Christian Kremer, Stellv. Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, Brüssel

Dr. Jacek Kucharczyk, Vorstandsvorsitzender des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau

Maciej Kuziemski, Politischer Berater, Warschau

Markus Lackamp, Referent in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Berlin

Steffen Liebendörfer, Stellv. Bundesvorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Berlin.

Nathanael Liminski, Initiator und Leiter der Bewegung "Generation Benedikt" in Deutschland, Mitglied des Landesvorstandes der Jungen Union in Nordrhein-Westfalen, Bonn/St. Augustin

Dr. Sylwester Matusiak SAC, Pfarrer der deutschsprachigen katholischen Gemeinde in Warschau, Lehrbeauftragter für Moraltheologie an der Theol. Hochschule der Pallottiner in Ożarów bei Warschau

Dariusz Pawłoś, Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung "Polnisch-Deutsche Aussöhnung", Warschau

Dr. Dr. Armin Mikos von Rohrscheidt, Unternehmer, Initiator von Unternehmungen des deutsch-polnischen Dialoges im Kultur-Tourismus, Posen

Marcin Nowicki, Leiter des Bereichs Regionalforschung und europäische Integration im Institut für Marktwirtschaftsforschung, Danzig

Dr. Thomas Raabe, Historiker, Berlin

Anna Radwan, Präses Polnische Robert-Schuman-Stiftung, Warschau

Sigrid Schraml, Referentin für internationale Aufgaben im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Bonn/Bad-Godesberg

Daniela Senk, Pressereferentin im Stab des Präsidenten des Europäischen Parlaments Prof. Jerzy Buzek, Brüssel

Thomas Schneider, Erster stellv. Vorsitzener der Jugend der Europäischen Volkspartei (YEPP), Vorsitzender der Internationalen Kommission für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik der Jungen Union Deutschlands (JU), Berlin

Dr. Dr. Hans Martin Sieg, Referent für Außen- und Sicherheitspolitik beim Bundestagsabgeordneten Manfred Grund CDU, Berlin

Jesko von Samson, Vorsitzender der Paneuropa-Union Berlin-Brandenburg

Bertil Wenger, stellvertretender Leiter, Büro für Auswärtige Beziehungen, CDU Bundesgeschäftsstelle

Bartosz T. Wieliński, Journalist der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, Warschau

Piotr Womela, Projektkoordinator der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, Warschau

Der Kampf um die Erinnerung Aspekte der aktuellen Diskussion mit und in Russland

Stephan Raabe

I. Medwedjew, Putin und der Umgang mit Geschichte

Der 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges hat zu einer politisch-historischen Auseinandersetzung um die Erinnerung zwischen Russland und den westlichen Staaten geführt. So verurteilte der russische Präsident Dmitrij Medwedjew im russischen Staatsfernsehen am Vorabend des Gedenktages Versuche, dem nationalsozialistischen Deutschland und der stalinistischen Sowjetunion gleichermaßen die Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zuzuweisen, als Lügengeschichten von Zynikern.¹ Er behauptete, ebendies habe die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) in einer im Juli beschlossenen Resolution getan.

Die Parlamentarierversammlung aus 50 OSZE Ländern hatte am 3. Juli 28 Resolutionen verabschiedet, unter ihnen auch eine unter dem Titel: "Das geteilte Europa wiedervereinigt. Förderung von Menschenrechten und Bürgerfreiheiten in der OSZE-Region im 21. Jahrhundert". In dieser Resolution wurde auch an die Initiative des Europäischen Parlaments erinnert, den 23. August europaweit als Erinnerungstag an die Opfer des Stalinismus und Nationalsozialismus zu begehen, um damit das Gedächtnis an die Opfer von Massendeportationen und Massenmorden zu bewahren. Unter dem Datum 23. August hatten Hitler und Stalin 1939 einen Nichtangriffspakt geschlossen und in ei-

¹ Vgl. Michael Ludwig: **Medwedjew und die zynischen Lügner**, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.8.09, S. 6; das Interview Medwedjews wird in den polnischen Zeitungen aufgegriffen und kritisiert; vgl. Justyna Prus, Karol Manys: **Kreml wciąż prowokuje (Der Kreml provoziert immerfort)**, in der Tageszeitung Rzeczpospolita vom 31.8.2009, S. 3; Marcin Graczyk: **Trwa bitwa o pamięć (Die Schlacht um die Erinnerung)**, in der Tageszeitung Dziennik, 31.8.2009, S. 1.

nem geheimen Zusatzprotokoll die Aufteilung Ostmitteleuropas in eine deutsche und sowjetische Einflussphäre vereinbart. Von der Kriegsschuldfrage ist in der Resolution der OSZE-Parlamentarier aber überhaupt keine Rede. Erinnert wird lediglich an die verhängnisvollen Folgen, die der Hitler-Stalin Pakt für die Menschen in den betroffenen Gebieten hatte.²

Der russische Präsident befürchtet offensichtlich dennoch „*Geschichtsfälschungen zu Lasten Russlands*“, für die er im Frühjahr eigens eine Kommission einsetzen ließ. Er ist der Meinung, eine Gleichstellung von Nazi-Deutschland und Sowjetunion in Bezug auf den Weltkrieg dürfe keinesfalls hingenommen werden. Deutlich unterschieden werden müsse zwischen dem Verursacher des Krieges, Deutschland, und der Sowjetunion, die nicht nur Millionen Menschenleben, sondern auch Europa gerettet habe. Allein diese „richtige Sicht“ auf die Geschichte solle an russischen Schulen gelehrt werden. Die Schüler dürften nicht mit unterschiedlichen Bewertungen konfrontiert werden.

Diese „*richtige Sicht*“ der Geschichte, in der die Sowjetunion allein als Retterin auftritt, ist für diejenigen Länder, die bereits 1939/40 von der Sowjetunion ganz oder teilweise annektiert wurden - also für die Baltischen Staaten, Polen, Finnland und Rumänien (Bessarabien und der Nord-Bukowina) – sowie für die nach 1945 unter sowjetischer Gewaltherrschaft lebenden Nationen jedoch nicht akzeptabel. 76 Prozent der Polen erwarten vielmehr von Putin bei seinem Besuch anlässlich der Gedenkfeiern zum Kriegsbeginn in Danzig am 1. September eine Entschuldigung für den Einmarsch der Sowjetunion in Polen am 17. September 1939.³ Zudem berichtet die polnische Presse über eine in Moskau vorgestellte Meinungsumfrage, wonach nur 16 Prozent der Russen von der Aufteilung Polens durch Nazi-Deutschland und Sowjetrußland 1939 wissen.⁴ Dieses Faktum wurde bis Ende 1989 in der Sowjetunion geleugnet und danach weitgehend von der Ideologie des Vaterländischen Krieges als eines Befreiungskampfes zugedeckt.

2 RESOLUTION ON DIVIDED EUROPE REUNITED: PROMOTING HUMAN RIGHTS AND CIVIL LIBERTIES IN THE OSCE REGION IN THE 21st CENTURY, in: VILNIUS DECLARATION OF THE OSCE PARLIAMENTARY ASSEMBLY AND RESOLUTIONS ADOPTED AT THE EIGHTEENTH ANNUAL SESSION VILNIUS, 29 JUNE to 3 JULY 2009, http://www.oscepa.org/images/stories/documents/activities/1.Annual%20Session/2009_Vilnius/Final_Vilnius_Declaration_ENG.pdf.

3 Vgl. Polacy chcą przeprosin za napaść (**Polen wollen Entschuldigung für Angriff**), in: Rzeczpospolita vom 29./30.9.2009, S. 4.

4 Vgl. Waclaw Radziwinowicz, Moskwa: Nie znają IV rozbioru Polski (**Sie kennen die IV. Teilung Polens nicht**), in: Gazeta Wyborcza vom 29./30.9.2009, S. 8.

Vor diesem Hintergrund wird in Russland die Meinung vieler Polen, dass Deutsche und Russen gemeinsam die Verantwortung für den Kriegsausbruch trügen, mit völligem Unverständnis und Empörung aufgenommen.⁵ In Russland sieht man die hohen Opfer, die der Kampf gegen Nazi-Deutschland die Sowjetunion kostete, nicht ausreichend gewürdigt.

Auf der anderen Seite werden in Polen historisch nicht belegte Behauptungen aus Russland als Zumutung empfunden und als Lüge verurteilt, nachdem Dokumente des dortigen Auslandsgeheimdienstes belegten, dass Polen sich bereits 1938 in einem geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-polnischen Nichtangriffspakt von 1934 über die Aufteilung Litauens und der Tschechoslowakei geeinigt habe.⁶ In diesem Pakt mit Piłsudski hatte sich Hitler vorübergehend von der kooperativen Revisionspolitik mit Russland in Bezug auf den Versailler Vertrag abgewandt. Alle Bestrebungen russischer Medien zur Rechtfertigung des deutsch-sowjetischen Paktes und des sowjetischen Einmarsches in Polen werden dort genauestens wahrgenommen und lassen die Wellen der Emotionen hoch schlagen. Sie beunruhigen derart, dass sie in allen Zeitungen in prominenter Weise aufgegriffen und kommentiert werden und der polnische Regierungssprecher Paweł Graś sogar eine offizielle Stellungnahme des Kreml in dieser Angelegenheit erwartete.⁷

Der russische Premier und Ex-Präsident Wladimir Putin versuchte die Gemüter in Polen vor seinem Besuch in einem zweiseitigen Namensbeitrag in

5 Vgl. die Umfragen in der Rzeczpospolita vom 31.8.2009; danach sind 61 Prozent der Polen dieser Auffassung, nur 30 Prozent geben eindeutig Deutschland die Schuld.

6 Vgl. die Titelstory in Dziennik vom 27.8.2009: Kreml poprawia historię. Według Rosjan w 1938 r. Polska miała razem z Niemcami zająć Litwę i Czechosłowację. Ta publikacja to element głupiej polityki historycznej prowadzonej przez Moskwę - mówi Siergiej Buntman, publicysta Radia Echo Moskwy (**Der Kreml berichtigt die Geschichte. Laut Russland hat Polen 1938 gemeinsam mit Deutschland Litauen und die Tschechoslowakei beansprucht. Diese Publikation ist ein Element der dummen Geschichtspolitik Moskaus – sagt Siergiej Buntman, Publizist von Radio Echo Moskau**); es geht um ein russisches Buch von General Lew Sockow mit angeblich neuen Archivmaterialien unter dem Titel „Geheimnisse der polnischen Politik 1935-1945“, das am 1.9.2009 in Moskau vorgestellt wurde; dazu weitere Berichte am 2.9.2009 in: Rzeczpospolita, S. 5, und Gazeta Wyborcza, S. 6, mit der Feststellung, dass keine Beweise für die Behauptungen vorgelegt wurden; in Dziennik heißt es auf S. 7: „**Die Russen verbreiten Lügen über Polen**“.

7 Vgl. Rząd nie zareaguje na film? (**Reagiert die Regierung nicht auf den Film?**), in: Rzeczpospolita vom 25.8.2009, S. 5 und Kommentar ebd. S. 2: Kremla kampania wrześniowa (**September-Kampagne des Kreml**) von Marek Magierowski; ein im russischen Fernsehen ausgestrahlter Film warf Polen vor, mit Hitler-Deutschland ein Bündnis gegen die Sowjetunion geschlossen zu haben.

der liberalen Tageszeitung Gazeta Wyborcza zu besänftigen. Darin gibt er zu, dass man den Hitler-Stalin-Pakt ohne jeden Zweifel und mit voller Berechtigung verurteilen könne, wie dies bereits vor 20 Jahren durch den Kongress der Volksbeauftragten der Sowjetunion getan worden sei. Allerdings rechtfertigt auch Putin den Pakt mit dem Hinweis, dass angesichts der nachgiebigen Haltung der westeuropäischen Staaten gegenüber Hitler, die damals jede Hoffnung auf eine gemeinsame Koalition gegen Deutschland zerstört hätte, die Sowjetunion den Vorschlag Deutschlands zum Abschluss eines Nichtangriffspaktes nicht habe zurückweisen können. Zum Massaker an über 20.000 polnischen Offizieren in Katyn und an weiteren Orten erklärt Putin: „Das russische Volk, dessen Schicksal durch das totalitäre Regime verunstaltet worden ist, versteht die Gefühle gut, die sich für Polen mit Katyn verbinden.“ Die heutige deutsch-russische Partnerschaft stellt er als ein Beispiel vor Augen, wie man trotz historischer Belastungen aufeinander zu gehen könne.⁸

Der Herausgeber der Gazeta Wyborcza, Adam Michnik, antwortete Putin am 1. September, indem er ihm nicht ganz zustimmt und betont: „Für uns – wie für viele russische Demokraten – war Stalin ein Verbrecher und Aggressor; dieser Urheber des staatlichen Gulag war insgesamt vergleichbar mit Hitler.“⁹ Während im nationalkonservativen Lager in Polen Putins Brief zwiespältig aufgenommen wurde als eine Mischung von Versöhnungsgesten und alten Lügen und eine Entschuldigung vermisst wird¹⁰, wurde er im Regierungslager der Bürgerplattform als positives Zeichen begrüßt¹¹.

In seiner Rede auf der Westerplatte zum Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkrieges ging Putin nicht über das bereits Gesagte hinaus. Er räumte ein, dass der Pakt Sowjetrusslands ein Fehler gewesen sei, den man in Russland bereits 1989 verurteilt habe. Er gedachte der Opfer dieses Paktes. Aber eine darüber hinaus gehende Geste blieb aus. Stattdessen rief er dazu auf, es sollten sich auch andere Staaten zu ihren Fehlern in den 30er Jahren bekennen, womit er den Hitler-Stalin-Pakt und die sowjetischen Okkupationen auf eine Ebene stellte mit dem Münchener Ab-

8 Vgl. Wladimir Putin: Karty historii - powód do wzajemnych pretensji czy podstawa pojednania i partnerstwa? (**Die historische Karte – ein Grund zum gegenseitigen Groll oder Grundlage für Versöhnung und Partnerschaft?**) In: Gazeta Wyborcza vom 31.8.2009, S. 4f.

9 Ebd. 1.8.2009, S. 2.

10 Vgl. Pitor Semka: Tyle samo prawd, ile kłamstw (**So viel Wahrheiten, wie Lügen**), in: Rzeczpospolita vom 1.9.2009, S. 2.

11 Vgl. Waclaw Radziwinowicz, Moskwa: Reakcje na artykuł Putina (**Reaktionen auf den Artikel Putins**), in: Gazeta Wyborcza vom 1.9.2009, S. 4.

kommen oder dem polnisch-deutschen Nichtangriffspakt.¹² Angesichts der großen Opfer, die Russland und die Völker der Sowjetunion im Kriege erbracht haben, und des tradierten Verständnisses des Großen Vaterländischen Krieges fällt es der russischen Führung offenbar schwer, über den eigenen Schatten zu springen und zu ihrer Verantwortung in der Nachfolge der Sowjetunion zu stehen.

II. Nur „eine alte Geschichte“? - Die Debatte in Russland

Auch in Russland hat der 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes, der nach den unterzeichnenden Außenministern auch Molotow-Ribbentrop-Pakt genannt wird, zu einer bemerkenswert kontroversen Diskussion geführt. Die staatliche Russische Agentur für internationale Informationen (RIA Novosti) präsentiert dazu auf ihrer deutschsprachigen Webseite eine ganze Reihe von Beiträgen, die sich in ihrem Urteil zwischen zweifelhaften Rechtfertigungen und deutlicher Kritik bewegen.¹³

Da kommt der Enkel Molotows, Wjatscheslaw Nikonow, mit der Auffassung zu Wort, der Pakt sei für die Sowjetunion eine Frage über Leben und Tod gewesen. Die Motive des Zeitgewinns für die Verteidigungsvorbereitungen und der Interessenabgrenzung hätten auf das Engste miteinander zusammen gehangen. Tatsächlich hätte es keine Alternative zu dem Pakt gegeben.¹⁴

In einem Hintergrundbericht heißt es dagegen: „Das Dokument trug in vieler Hinsicht zum Beginn des Zweiten Weltkriegs bei und bestimmte das Schicksal der Letten, Esten, Litauer sowie der im Westen ihres Landes lebenden Ukrainer, Weißrussen und Moldawier.“ Viele geopolitische Realitäten im heutigen Europa gingen auf den Pakt zurück. Das ihm beiliegende Geheimprotokoll habe jedoch eindeutig gegen das Völkerrecht verstoßen. Dennoch sei die Abmachung lange als genialer Schachzug in der offiziellen sowjetischen Geschichtsdeutung interpretiert worden. Die Folgen dieser Verein-

12 Dokumentation der Rede am 2.9.2009 in: Gazeta Wyborcza, S. 9; Rzeczpospolita, S. 8, vgl. ebd. den Kommentar vom Chefredakteur Pawel Lisicki: Ile zrozumiał Władimir Putin (**Wieviel versteht Wladimir Putin**), S. 2; die Schlagzeile in Dziennik auf S. 1 lautet: Nie było przeprosin za Katyń. Putin na Westerplatte: potępiliśmy pakt Ribbentrop - Molotow. Ale inni też paktowali z Hitlerem (**Es gab keine Entschuldigung für Katyn. Putin auf der Westerplatte: Wir haben den Ribbentrop-Molotow-Pakt verurteilt. Aber andere haben auch mit Hitler paktiert.**)

13 Vgl. <http://de.rian.ru/trend/HitlerStalin/>.

14 Vgl. ebd. Molotows Enkel zu Hitler-Stalin-Pakt: „Er hat nie bereut, ihn unterschrieben zu haben“.

barung seien bis heute spürbar: Sie vergifteten die Beziehungen zwischen Russland und den vom Pakt betroffenen Völkern.¹⁵

Wladimir Ryschkow, Historiker an der Moskauer Wirtschaftshochschule und Vorsitzender der Bürgerbewegung „*Russlands Wahl*“, fragt kritisch, was Russland eigentlich außer eines falsch verstandenen Patriotismus und schiefen Ehrgefühls daran hindere, die stalinistischen Verbrechen selber anhand der Dokumente offen zu legen und zu verurteilen. Russland sei kein Rechtsnachfolger des Stalin-Regimes, und das Bekenntnis zu dessen Verbrechen werde das internationale Ansehen Russlands nur erhöhen und das Vertrauen in seine Politik festigen. Die Verteidigung der Hinterlassenschaft wecke dagegen nur alte Ängste: „*Der Schutz von Stalins Geschichtsauffassung und des Stalinischen Herangehens an die Innenpolitik (beides ist in den neuen russischen Geschichtsbüchern genau zu verfolgen) bringt Russland in Misskredit und kompliziert in höchstem Maße seine Beziehungen zu den nächsten Nachbarn, die seinerzeit unter der zynischen Abmachung zwischen beiden Diktatoren zu leiden hatten.*“¹⁶

Der Journalist Boris Kaimakow fasst in seinem Beitrag unter dem Titel „*Russisches Roulette zwischen Hitler und Stalin*“ die unterschiedlichen Stimmen so zusammen. Unter den russischen Publizisten gebe es zwei konträre Standpunkte zu dem Pakt. Die eher liberalen Meinungsmacher sähen in ihm ein verbrecherisches Komplott zweier Diktatoren, die national gesinnten Autoren seien dagegen der Meinung, der Pakt habe in der damaligen Situation den Interessen der Sowjetunion entsprochen. So behaupte etwa der Präsident des Zentrums für Systematische Analyse und Prognose, Rostislaw Ischtschenko, dass die Sowjetunion vor 70 Jahren einen großen Sieg erzielt habe. Stalin habe die Situation damals insgesamt richtig eingeschätzt und im Fahrwasser der damals üblichen moralischen und diplomatischen Regeln gehandelt. Der Kommentator von RIA-Novosti, Pjotr Romanow, argumentiere, die Unterzeichnung des Dokuments habe die unvermeidliche Kollision mit Deutschland aufgeschoben und es der Sowjetunion später ermöglicht, den Faschisten unter besseren Bedingungen zu begegnen. Diesen Standpunkt habe auch der frühere sowjetische Botschafter in Deutschland, Valentin Falin, in einer Diskussion vertreten. Ihm zufolge habe die Einverleibung zusätzlicher Gebiete, die die sowjetische Grenze weit in den Westen gerückt habe, der UdSSR einen immensen strategischen Nutzen gebracht.

15 Vgl. ebd. **Hitler-Stalin-Pakt – Hintergrund**, vom 21.8.2009.

16 Vgl. ebd. Wladimir Ryschkow: **70 Jahre Hitler-Stalin-Pakt – Kurzsichtige Politik**, vom 21.8.2009.

Das, was die national gesinnten Publizisten meist als eine zwar unmoralische, aber doch notwendige Politik beschrieben, werde von liberalen Geschichtsforschern als grobes völkerrechtliches Delikt angeprangert, schreibt Kaimakow weiter. So schreibe Denis Babitschenko in der Zeitschrift „*Itoji*“, dass die UdSSR nach der Unterzeichnung des Paktes die Rolle eines Aggressors gespielt habe und erst später selbst Opfer der Aggression geworden sei. Mehr noch: Der Autor gelange zu einem für den einfachen russischen Leser schockierenden Schluss, dass der Hitler-Stalin-Pakt in einem großen Maße zur Entfesselung des Krieges beigetragen habe, indem er Deutschland den Weg für die erste Kriegsphase frei gemacht habe.

Der Historiker Alexander Tschubarjan, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften und Mitglied der Präsidentenkommission gegen Geschichtsfälschung, habe dagegen ebenfalls in der Zeitschrift „*Itoji*“ die Auffassung vertreten, Hitler hätte 1939 alle überlistet, aber letztendlich eben verloren. Demnach, so die Schlussfolgerung von Boris Kaimakow, könne der Pakt auch als eine Art russisches Roulette verstanden werden, das Stalin und Hitler gespielt hätten, wobei die letzte Kugel aus der Revolvertrommel eben den deutschen Führer in die Schläfe getroffen hätte.

In einem Interview am 21. August mit RIA Novost plädiert derselbe Tschubarjan für einen offenen Umgang mit den historischen Fakten.¹⁷ Offen zu sein sei stets besser, als Offensichtliches abzustreiten. Dass das Geheimprotokoll zum Pakt nach jahrzehntelanger Leugnung vor zwanzig Jahren dann doch veröffentlicht wurde, beweise den Bruch mit der Politik des Totschweigens. Zweifellos seien insbesondere die geheimen Abmachungen zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion verurteilungswürdige amoralische Handlungen gewesen. Allerdings müsse dies im Zusammenhang des damaligen Geschehens gesehen werden. „*Vom Standpunkt der Moral unterschieden sich das Münchener Abkommen und der Molotow-Ribbentrop kaum voneinander. Beide Dokumente wurden hinter dem Rücken jener Völker unterzeichnet, deren Schicksal sie betrafen*“, so Tschubarjan. Zudem hätten die westlichen Länder ebenfalls einen Teil der Verantwortung für die damaligen Ereignisse in Osteuropa, denn sie hätten ebenso wie Sowjetrußland in ihrem nationalen Egoismus die von Hitler-Deutschland ausgehende Gefahr unterschätzt. Das Schicksal Tschechiens, der Baltischen Staaten und Ost-Polens habe England und Frankreich nicht allzu sehr berührt. De facto hätten sie auch die sowjetischen Okkupationen anerkannt.

17 Vgl. ebd.: **Offen zu sein ist besser, als Offensichtliches abzustreiten.**

Autoren und Herausgeber

Auf die Frage nach der Verantwortung Russlands für die damaligen Vorgänge verweist Tschubarjan auf die vergangene Sowjetunion. Mit Blick auf Wiedergutmachungsforderungen gegenüber Russland fragt er, wie es denn möglich sei, den heutigen Generationen eine Rechnung für die Handlungen von Stalin zu präsentieren, über welche die anderen Sowjetbürger keine Informationen gehabt hätten. Zudem hätte vor allem das Sowjetvolk selbst unter dem Stalinismus zu leiden gehabt. Damit wird die Verantwortung für die gewaltsamen Okkupationen, Deportationen und Morde von Tschubarjan der Geschichte übergeben. Er beklagt die Politisierung des Problems insbesondere durch „gewisse Vertreter von Polen“ und „einige Personen aus den baltischen Ländern“ und meint: Wäre das Herangehen der „Vertreter Polens und der baltischen Länder ... nicht dermaßen radikal, fiel auch die Reaktion in Russland möglicherweise nicht so hart aus.“ Immerhin sei das alles „eine alte Geschichte, deren Studium eher abstrakt-theoretischen als praktischen Charakter tragen sollte“.

Wenn aber die aufrichtige geschichtliche Erinnerung das Fundament des Friedens ist, wie der polnische Premier Donald Tusk in seiner Rede auf der Westerplatte am 1. September 2009 hervorhob, dann sollte die Rolle der Geschichte nicht gering geachtet werden. Sie hat eben doch auch einen praktisch politischen Charakter. Daran erinnert der politische Umgang mit den Gedenktagen. Dementsprechend mahnen sogar die deutschen und polnischen Bischöfe in ihrem Wort zum 70. Jahrestag des Beginns des Weltkrieges, zwar gemeinsam in die Zukunft zu blicken, aber ohne die geschichtliche Wahrheit in all ihren Aspekten zu vergessen noch zu gering zu achten. Denn eine Kultur des Friedens könne sich nur in einem Klima des Verzeihens und von Gerechtigkeit und Wahrheit entwickeln.¹⁸

¹⁸ Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Zollitsch, und des Vorsitzenden der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Michalik vom 25.8.2009.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Horst Möller,

geb. 1943 in Breslau, Studium der Geschichte, Philosophie und Germanistik in Göttingen und Berlin (Staatsexamen 1969, Promotion 1972, Habilitation 1978), 1969-1977 Wiss. Assistent an der Freien Universität Berlin, 1978 Mitarbeiter im Bundespräsidialamt Bonn, 1979-1982 Stellv. Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, 1982-1989 Ordinarius an der Universität Erlangen-Nürnberg, 1989-1992 Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris, seit 1992 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, zugleich Ordinarius für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg (1992-1996), seit 1996 an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Monographien u.a.:

Die Weimarer Republik. Eine unvollendete Demokratie (1985, 9. Aufl. 2008, polnische Übersetzung 1997).

Aufklärung und Demokratie. Historische Studien zur politischen Vernunft (hrsg. von Andreas Wirsching, München, 2003).

Europa zwischen den Weltkriegen (München, 1998, 2. Aufl. 2000).

Vernunft und Kritik. Deutsche Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert (Suhrkamp, 1986, 4. Aufl. 1997).

Fürstenstaat oder Bürgernation? Deutschland 1763-1815 (Seidlerverlag, Berlin, 1989, 4. Aufl. 1998).

Stephan Raabe M.A.,

geb. 1962, Studium der Geschichte, katholischen Theologie, Philosophie und Politik in Bonn und München (Magister Artium), Studium der Betriebswirtschaft an der Fernuniversität Hagen (Zertifikat), seit 1985 freie journalistische Tätigkeit, 1988-91 Mitarbeiter am Seminar für Christliche Gesellschaftslehre der Universität Bonn, 1992-2002 Diözesanreferent für Soziale und Politische Bildung im Erzbistum Berlin, 2002-04 Bundesgeschäftsführer des Familienbundes der Katholiken, seit Oktober 2004 Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau, gleichzeitig bis 2007 Länderbeauftragter für Belarus.

Publikationen:

Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften zu Politik, Kirche und zu Polen sowie Herausgeberschaften u.a.:

Was für ein Christentum für Europa? Was für ein Europa für das Christentum, Warschau 2009.

Von den Römischen Verträgen zum Reformvertrag, Warschau 2008 (deutsch-polnisch).

Europa Gedanken. Anstöße zur Entdeckung der politischen Identität Europas, Warschau 2006 (deutsch-polnisch).

Eine neue Ordnung der Freiheit. Die Sozialethik Johannes Pauls II. – eine Vision für das vereinte Europa, Osnabrück 2007 (gemeinsam mit Christoph Böhr).
Stimme der Familien. Fünf Jahrzehnte Politik für die Familie, Berlin 2003 (gemeinsam mit Elisabeth Bußmann).

Dr. habil. Jan Rydel,

geb. 1959 in Krakau, Studium der Geschichte an der Jagiellonen Universität Krakau, wissenschaftlicher Mitarbeiter ebenda seit 1981, Studium in Wien, Promotion 1987 in Krakau, zum Thema Polen in der k. und k. Armee, 1990/91 Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung, in den 90er Jahren ehrenamtliches Engagement u.a. als Stiftungsratsvorsitzender der Stiftung Kreisau für europäische Verständigung, Habilitation 2001 in Krakau, 2001-2005 Erster Botschaftsrat und Kulturattaché in der Botschaft der Republik Polen in Berlin, seit 2006 Professor der neu gegründeten Staatlichen Fachhochschule in Oświęcim (Auschwitz), seit 2008 wurde Vorstandsmitglied der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung und Professor an der Jagiellonen Universität, Forschungsschwerpunkt: deutsche und polnische Geschichtspolitik im 20. Jahrhundert.

Monographien u.a.:

Mit-Herausgeber und Mitautor des Handbuches *Najnowsza historia świata 1945-1997* [Die neueste Weltgeschichte] in 4 Bänden, Krakau 1997-2008.

Die polnische Besatzung im Emsland 1945–1948. Aus dem Polnischen von Isabel Röskau-Rydel, Osnabrück 2003.

W służbie Cesarza i Króla. Generałowie i admirałowie narodowości polskiej w siłach zbrojnych Austro-Węgier w latach 1868-1918 [Im Dienst des Kaisers und Königs. Generale und Admirale polnischer Nationalität in den Streitkräften Österreich-Ungarns], Kraków 2001.

Sacrum Poloniae Millennium. Bemerkungen zur Anatomie eines Konflikts im „realen Sozialismus“, in: Emil Brix, Hannes Stekl (Hg.), *Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa*, Wien 1997, 231-250.

Prof. Dr. Stefan Troebst,

geb. 1955 in Heidelberg, Studium der Geschichte, Slawistik, Balkanologie und Islamwissenschaften an der Freien Universität Berlin sowie an den Universitäten Tübingen, Sofia (Bulgarien), Skopje (Jugoslawien, heute Mazedonien) und Bloomington (USA) (Promotion 1984, Habilitation 1995), 1984-1992 Wiss. Assistent für Osteuropäische Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin; 1992-1995 Habilitationsstipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie Mitglied in den Langzeitmissionen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Makedonien und Moldawien, 1995 Lehrstuhlvertretung für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr Hamburg, 1996 Heisenberg-Stipendium der DFG sowie Ernennung zum Gründungsdirektor des dänisch-deutschen European Centre for Minority Issues (ECMI) in Flensburg, seit 1999 Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig und stellvertretender Direktor des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) in Leipzig.

Monographien u.a.:

Das makedonische Jahrhundert. Von den Anfängen nationalrevolutionärer Bewegung zum Abkommen von Ohrid 1893-2001. Ausgewählte Aufsätze. München 2007.

Kulturstudien Ostmitteleuropas. Aufsätze und Essays. Frankfurt/M. 2006.

Postkommunistische Erinnerungskulturen im östlichen Europa. Bestandsaufnahme, Kategorisierung, Periodisierung, Breslau 2005 (Berichte des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Breslau 7), Breslau 2005 (deutsch-polnisch).

Dr. Dr. h.c. mult. Richard von Weizsäcker,

geb. 1920 in Stuttgart, Protestant, Jurist, CDU-Politiker, als Schüler Fahnlenführer der Hitlerjugend, als Soldat Teilnehmer am Feldzug gegen Polen und Russland, Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen (Staatsexamina 1950/53, Promotion 1955), seit 1950 Mitarbeiter der Mannesmann AG, bis 1962 Gesellschafter des Bankhauses Waldthausen, bis 1966 Mitglied der Geschäftsführung des Chemie- und Pharmaunternehmens Boehringer Ingelheim, 1964 bis 1970 und 1979 bis 1981 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags, seit 1969 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1981 Regierender Bürgermeister von West-Berlin, 1984-1994 sechster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Träger des Großkreuzes des Verdienstordens der Republik Polen, Ehrenbürger der Stadt Danzig.

Monographien u.a.:

Der Weg zur Einheit, München 2009.

Was für eine Welt wollen wir? Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Jan Roß, Berlin 2005.

Drei Mal Stunde Null? 1949 – 1969 – 1989. 1. Auflage 2001.

Vier Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1997.

Piotr Womela M.A. M.A.,

geb. 1975 in Berlin, Absolvent der Kunstgeschichte an der Kardinal-Wyszyński-Universität und der internationalen Beziehungen an der Warschauer Universität. Aufbaustudium im Bereich Kulturmanagement an der Fakultät für Verwaltung ebd. 2000–2003 Referent und anschl. Leiter des Referats für Bilaterale Beziehungen im Ministerium für Kultur. Stipendium des Goethe Instituts für Führungskräfte. Veranstalter und Koordinator zahlreicher internationaler Kultur- und Bildungsprojekte. 2003–2007 Geschäftsführer des Deutsch-Polnischen Jugendwerks DPJW. 2007/08 Referent im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, seit 2008 Projektkoordinator der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen.

Publikationen:

Mitherausgeber von Veröffentlichungen zur deutsch-polnischen Politik und politischen Bildung, u.a. Initiator und Mitherausgeber des Buches: *Deutschland, Polen und der Zweite Weltkrieg. Geschichte und Erinnerung*, DPJW Warschau/Potsdam 2009 (mit Doris Lemmermeier, Paweł Moras, Stephan Erb: Wiss. Bearbeitung Prof. Dr. Jerzy Kochanowski, Dr. Beate Kosmala), (deutsch-polnisch).

